

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Bezugspreis: Für einen Monat 2.—  
R.-Mk. mit Zustagen; einzelne Nr. 10 Pf.  
:: Gemeinde-Verbands-Konto Nr. 3 ::  
Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 403  
Postfachkonto Dresden 12548

Beste Zeitung des Bezirks

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts,  
des Stadtrats und des Finanzamts Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter  
breite Zeile 20 Pf., Eingeländt und  
Reklamen 60 Reichspfennige

Verantwortlicher Redakteur: Felix Zehne. — Druck und Verlag: Carl Zehne in Dippoldiswalde.

Nr. 149

Donnerstag, am 29. Juni 1933

99. Jahrgang

## Deftliches und Sächsisches

**Dippoldiswalde.** Am Siebenschlüfer gab's nachmittags in der 4. Stunde einen ziemlich heftigen Gewitterregen, — in der Chemnitzer Gegend ist das Wetter sogar mit Hagelschlag verbunden gewesen, — nun soll es 7 Wochen lang regnen, sagt eine alte Wetterregel. Es scheint bald, als ob es wahr werden wollte. Heute besonders ist das Wetter wieder ganz unfreundlich. Es ist für die Jahreszeit viel zu kalt und geregnet hat es auch schon.

**Dippoldiswalde.** In der Nacht zum 27. d. M. wurde aus einer Baubude an der Glashütter Straße ein Kuchlad, enthaltend verschiedene kleine Stemmleisen und 1 Verbandskasten mit Inhalt gestohlen. Sachdienliche Mitteilungen erbittet der Gendarmerieposten Dippoldiswalde.

**Dippoldiswalde.** Vom Gendarmerieposten Kreischa wurden gestern drei Dresdner, Gebrüder Rubenz, ins hiesige Amtsgericht eingeliefert. Sie hatten nachts bei Obsthändler Richter in Kreischa einen Bienenstock von seinem Platz entfernt und in den Wald geschleppt. Als sie ihn dann am Tage abfahren wollten, wurden sie festgenommen.

**Dippoldiswalde.** Gestern abend unternahm die Amtswalter der NSDAP. und der NSBO. unter Führung von Pg. Pol. Kommissar Grund einen Übungsmarsch. Reichskrone, über den Steinbruch nach Gasthof Talperre Malter, dort wurde im Saal Platz genommen, wo sich auch ein großer Teil der Malterer Pgg. und Pgggn. eingefunden hatte. Pg. Pfarrer Müller hielt einen Vortrag über den Tag von Versailles. Wenn viele anscheinend immer noch nicht genügend über die schlimmen Folgen jenes Schandbittals unterrichtet seien, was auch das recht mangelhafte Beflaggen mancher Straßen bewies, so wurden die Zuhörer durch die Worte Pfarrer Müllers aufgeklärt. Ist doch durch die Unterzeichnung des Versailler Vertrages Deutschland auch die Arbeitslosigkeit und dadurch die große Not aufgedrängt worden. Die Hauptschuld sei den damaligen Vertretern der Regierung zuzuschreiben, an der Spitze Scheidemann und Ebert. Für seine ganz vorzüglichen Darstellungen und Schilderungen erntete Pg. Pfarrer Müller großen Beifall. Er forderte anschließend noch alle Parteimitglieder zu festem Zusammenschluß auf, damit Deutschland niemals wieder ins Wanken gerate. Nachdem Pg. Schubert Dankesworte an Pg. Müller gerichtet und mit dreifachem Sieg Heil auf den obersten Führer Adolf Hitler die Versammlung geschlossen hatte, wurde der Heimmarsch angetreten.

**Dippoldiswalde.** Gestern abend ging das große neue Lustspiel der sächsischen Heimat „Heimliche Brautfahrt“ von Leo Lenz das erste Mal hier über die Bretter. Dieses Stück aus der Zeit August III. fand, wie überall, auch hier eine glänzende Aufnahme. Wie sollte es auch anders sein? Würgt doch allein Dir. Bauerbach mit seiner gesamten Spielschar für einen vollen Erfolg. Und wer gekommen war, hat es nicht bereut, denn es waren wirklich zwei Stunden köstlichen Lachens. Eins hätte aber besser sein können: Der Besuch; schon in ansehnlicher Höhe, die die Garderobe verursachte. — Am kommenden Sonntag findet kein Spiel statt.

Wie erst jetzt bekannt wird, landeten am Montag abend auf dem Flugplatz zu Dresden drei englische Doppeldecker. Es sind dies Privatflugzeuge, denen nach einem Abkommen das Ueberfliegen deutschen Gebietes erlaubt ist. Die Flugzeuge kamen aus Prag. Am Dienstagmorgen starteten sie zum Fluge nach Berlin. (Es dürften die drei Flugzeuge sein, die Montag, abends 6.15 Uhr, unsere Stadt überflogen, worüber wir in Nr. 146 berichteten. D. N.)

Gründung einer Ortsgruppe Dippoldiswalde des Landesverbandes des sächsischen Einzelhandels. Auf vergangene Aufforderung des Landesverbandes des sächs. Einzelhandels fanden sich gestern abend im Gasthaus zur „Alten Post“ eine große Anzahl hiesiger Einzelhändler zusammen, um über die Gründung einer Ortsgruppe dieser Organisation, die bei dem zukünftigen Ständebau ein gewichtiger Faktor sein wird, Beschluß zu fassen. Nach Erläuterung von Ziel und Zweck durch den Einberufer, Kaufmann Krehlmar, kam es zur Gründung einer Ortsgruppe, als deren 1. Vorsitzender Kaufmann Marschner, 2. Vorsitzender Kaufmann Müller, Reichstädter Straße, Schriftführer Elektromeister Weber und Kassierer Kaufmann Benmann gewählt wurden.

**Dippoldiswalde.** Wie aus der gestrigen Nummer unserer Zeitung zu ersehen ist, hat das berühmte Köthig-Quartett aus Leipzig am Montag in der Ripsdorfer und am Dienstag in der Schmiedeberger Kirche gelungen. Dem dabei ausgesprochenen Urteil über beide Konzerte betriffs des Programms und dessen vortrefflicher Ausführung können sich alle voll und ganz anschließen, die am Mittwoch abend das Quartett in unserer Kirche

## Gegen völkischen Niedergang

**Begehrtwurf zur Verhütung erbkranken Nachwuchses.**  
Im Reichsministerium des Innern fand die erste Sitzung des Sachverständigenbeirats für Bevölkerungs- und Rassenfragen statt, der von Reichsminister Dr. Frick zusammenberufen worden ist. Reichsminister Dr. Frick eröffnete die Sitzung mit einer längeren Rede.

In ihr führte er u. a. au: Neben der bedrohlich zunehmenden erbbiologischen Minderwertigkeit mühten wir in gleichem Maße die fortschreitende Rassenmischung und Rassenverwässerung unseres Volkes mit Sorge zu verfolgen. Die früheren Regierungen hätten den Mut nicht aufgebracht, einen grundsätzlichen Wandel herbeizuführen. Die Ursachen dieses völkischen Verfalls lägen darin, daß die große Zahl von Erwerbslosen in unserem Volk meine, daß sich alles zum Guten wenden werde, wenn sie wieder Arbeit erhielten. Es sei aber irrig, zu glauben, daß damit allein das deutsche Volk im Herzen Europas zu retten sei.

**Die Mechanisierung der Arbeit, die wirtschaftliche Verflauung und die marginale Wirtschaft nach dem Kriege hätten den Zerfallsprozess vollendet, der unser Volk an den Rand des Abgrundes gebracht habe. Hand in Hand damit sei der sittliche Verfall unseres Volkes gegangen.**

„Bei der überaus starken Belastung unseres Volkes mit Steuern, Sozialabgaben und Zinsen dürfen wir uns der Erkenntnis nicht verschließen, daß der Staat an einen Umbau

der gesamten Gesetzgebung und eine Verminderung der Lasten für Minderwertige und Asoziale heranzugehen haben wird. Wie sehr die Ausgaben für Minderwertige, Asoziale, Kranke, Schwachsinnige, Geistesranke, Krüppel und Verbrecher heute das Maß dessen überschreiten, was wir unserer schwer um ihre Existenz ringenden Bevölkerung zumuten dürfen, ersehen wir aus den Kosten, die heute vom Reich, von den Länder und den Kommunen zu ihrer Versorgung aufgebracht werden müssen. Dafür nur einige Beispiele: Es kostet der Geistesranke etwa 4 Mark den Tag, der Verbrecher 3,50 Mark, der Krüppel und Taubstumme 3—6 Mark den Tag, während der ungelernete Arbeiter nur etwa 2,51 Mark, der Angestellte 3,60 Mark, der untere Beamte etwa 4 Mark den Tag zur Verfügung haben.

Um das drohende Unheil abzuwenden, ist eine Umstellung des gesamten öffentlichen Gesundheitswesens, des Denkens der Ärzteschaft und eine Wandlung der Aufgaben unter dem Gesichtspunkt der Rassenhygiene, der Bevölkerungs- und Rassenpolitik vonnöten.

Zur Erhöhung der Zahl erbgelunder Nachkommen haben wir zunächst die Pflicht, die Ausgaben für Asoziale, Minderwertige und hoffnungslos Erbkrankte herabzusetzen und die Fortpflanzung der schwer erblich belasteten Personen zu verhindern.

**Die wissenschaftlich begründete Vererbungslehre gibt uns das Recht und die sittliche Pflicht, die schwer erbkranken**

gehört haben. Die Besucherzahl betrug allerdings nur ungefähr 120 Personen. Die vortrefflichen Gesänge gaben dem Konzerte den Charakter einer herzerquickenden Weibellunde, die sich durch Orchesterstücke unseres Kantor Bernau und durch eine kurze Ansprache des Oberkirchenrats Midael noch zu einem erhebenden Gottesdienste erweiterte. Der Oberkirchenrat dankte den Sängern, daß sie an dem trübigen Tage von Versailles (28. Juni) mit ihren prachtvollen Gesängen unsere Herzen zu dem erhohen haben, von dem allein Hilfe kommt. Schon im Jahre 1921 hatten wir den erfreulichen Genuß, das Köthig-Quartett in unserer Kirche zu hören. Damals sang Professor Köthig selbst noch Tenor, seine Gemahlin Alt und Fr. Gertrud Kubel Sopran. Vor einigen Jahren ist Prof. Köthig gestorben. Seine Sängervereinigung besteht aber weiter. Diesmal wirkten Fr. G. Kubel (Sopran), Fr. Maria Schmidt (Alt), als Vertretung für Köthigs Tochter Frau Dr. Schraub (wegen Erkrankung ihres Gemahls verhindert), Hugo Zech (Tenor) und Gerhard Hofmann (Bass). Der Bassist Hofmann ist ein Studiengenosse von Stablenrat Werner Schubert, Köthigensbruder. Vor dem Konzerte erfreute das Quartett dessen Vater, den erkrankten Stadtkasseninspektor Hugo Schubert, mit einigen Liedern. Auch eine schöne Missionararbeit. Wir verabschieden uns von den Sängern mit dem herzlichsten Wunsch: Auf Wiedersehen!

**Ripsdorf.** Die Ortsgruppe der NSDAP. hatte für vorigen Montag zu einem Werbeabend für den NS.-Frauenbund nach der Teilkoppe Ripsdorf eingeladen. Leider war am gleichen Abend ein Kirchenkonzert, sonst wäre der immerhin gute Besuch sicher härter gewesen. Im Mittelpunkt stand ein Vortrag der Pgn. Hanna Schnabel aus Chemnitz. Durch einen besonderen Umstand konnte die Rednerin erst mit großer Verspätung nach Ripsdorf gelangen. Einige der Erschienenen hatten sich durch vorzeitiges Weggehen um eine Stunde wirklicher Erbauung gebracht. Sofort nach Eintreffen der bekannten Rednerin erteilte ihr Ortsgruppenleiter Unger das Wort. In ganz vorzüglicher Weise sprach Frau Schnabel über die Stellung der Frau im dritten Reich. Das in dem Vortrag zum Ausdruck kommende tiefe mütterliche Empfinden gepaart mit großer Lebensweisheit und zähem Schaffensgeist für das neue Deutschland sicherten ihr reichen Beifall und Zuneigung. Mit dem begeistertsten Gesang des Deutschlandliedes und einem dreifachen Sieghell auf den Führer wurde die Veranstaltung geschlossen.

**Bärenburg.** Uns wird geschrieben: Unser Sturm 4/177 feierte die Sonnenwende am Tag des Festes der Jugend auf der Falkenhainer Höhe. Im sinkenden Abend, der wegen des trübigen regnerischen Himmels schon früh hereinbrach, marschierten die Teilnehmer unter den Klängen des Spielmannszuges zum Feuerplatz. Eine große Anzahl Falkenhainer Einwohner und Gäste waren dem Zuge gefolgt, um das Fest der Sonnenwende mitzufeiern. Nach dem Lied „Flamme empor“, das im Halbkreis vor dem sich entfachenden Feuer gesungen wurde, sprach Pg. Schwind einen Feuerpruch „Heilige Flamme“. Hieraus ergriß Truppführer Tröger das Wort. Er wies kurz auf die Bedeutung des Sonnenwendfeuers hin, gedachte der Kameraden, die ihr Leben im Kampf um Deutschlands Wiederaufstieg opferten, und ermahnte die Jugend, die noch fern unserer Bewegung steht, sich endlich einzureihen in die braunen Kolonnen unseres Volkstanzlers Adolf Hitler. Mit einem dreifachen Sieghell auf die Führer unseres neuen nationalen deutschen Reiches, Reichspräsident von Hindenburg und Reichstanzler Adolf Hitler, schloß er

keine Rede. Während zwei SA-Kameraden das Lied vom guten Kameraden spielten, warf Pg. Tröger einen Eisenkranz zu Ehren der gefallenen SA-Kameraden in die Glut. Die Sturmflamme senkte sich und Totenstille herrschte ums Feuer, über dem ein großes Sakentkrenz errichtet worden war. Bürgermeister Pg. Schwente übermittelte Grüße der Gemeinde Falkenhain und Hauptmann a. D. Oppitz die des Stahthelms. Anschließend sang die Menge begeistert das Deutschlandlied. Zur Ausschmückung des Abends hatte sich der Falkenhainer Gesangsverein bereit erklärt und sang zwei schöne Weisen. Während noch einige Kameraden Feuersprüche sprachen, war die Nacht hereingebrochen. Von Ferne grüßten uns unzählige Scheine anderer Höhenfeuer als Zeichen dafür, daß sich überall deutsche Volksgenossen zur Feier der Sonnenwende und zum Treuebekenntnis zu unserem Vaterland zusammengefunden hatten.

**Dresden.** Das Deutschnanner „Schwarz-weiß-rot“ hat an den Rat zu Dresden die Anregung gegeben, eine Straße in Dresden „Karl-Helfferich-Straße“ zu benennen. Karl Helfferich sei der Erreiter des deutschen Volkes aus der Sturmflut der Inflation; er habe das „Wunder der Rentenmark“ geschaffen. Er sei der Mann gewesen, der durch sein klünes Vorgehen gegen Matthias Erzberger erreichte, daß dieser Volksschädling aus seinem Ministeramt entfernt wurde. Bis heute sei seiner im Namen keiner einzigen Dresdner Straße gedacht.

## Devisen in Höhe von 350 000 Mark beschlagnahmt.

Chemnitz. Das Hauptzollamt teilt mit: Bei der von der Zollverwaltung durchgeführten Kontrolle der nach dem Auslande gerichteten Postsendungen sind in den zum Zollamtsbezirk gehörigen Postämtern Devisen im Gesamtwerte von 350 000 Mark beschlagnahmt worden. Gegen die Abänder sind durch die Staatsanwaltschaft Strafverfahren in die Wege geleitet worden.

## Scharfe Maßregelungen durch den Führer

Berlin. Die Reichspressestelle der NSDAP. teilt mit: Die ehemaligen Parteigenossen, Hauptmann a. D. Cordmann, Hauptmann a. D. von Marwitz, Hauptmann a. D. Wolf und Dr. Zukker, sämtlich in Berlin, haben durch telegraphische und telefonische Berichte über Gauleiter, Handelskammern, Wirtschaftsvertretungen versucht, dem Führer die Freiheit notwendiger Entschlüsse zu rauben. Sie wurden sofort ihrer Ämter enthoben und aus der Partei ausgeschlossen. Auf Befehl des Kanzlers wurden sie verhaftet und in ein Konzentrationslager gebracht.

## Wetter für morgen:

Noch Fortdauer der kühlen Witterung. Meist bewölkt und streichweise Regen bei allmählich abflauenden westlichen Winden.

Personen von der Fortpflanzung auszuschalten. Von dieser Pflicht können wir uns auch nicht durch eine falsch verstandene Nächstenliebe und kirchliche Bedenken, die auf Dogmen vergangener Jahrhunderte beruhen, abhalten lassen, im Gegenteil, wir müssen es als eine Verletzung der christlichen und sozialen Nächstenliebe ansehen, wenn wir trotz der gewonnenen Erkenntnisse es wacker zulassen, daß Erbkränke einen Nachwuchs hervorbringen, der unendliches Leid für sie selbst und die Angehörigen in dieser und den kommenden Generationen bedeutet. Infolgedessen habe ich mich entschlossen, einen Gesehenswurf zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vorzulegen."

Minister Frick ging dann auf die Kollage der kinderreichen Familien ein und schilderte die Möglichkeiten, wie ihr abzuwehren sei und verlangte eine familienfreundliche Gesetzgebung. Es müsse ermöglicht werden, für Einkommenssteuerverpflichtige durch stärker gestaffelten Steuernachschuß in Prozenten der Steuer einen fühlbaren Ausgleich zu schaffen. Es müßte etwa ausgegangen werden von dem Gehalt, das ein Beamter zur Unterhaltung von 3 bis 4 Kindern benötigt, um es je nach der Kinderzahl nach unten und oben zu staffeln. Während die freien Berufe und der gewerbliche Mittelstand wie alle Unternehmertreibe durch einen wirksamen Steuernachschuß erspart werden könnten,

gibt es bei Angestellten und Lohnempfängern nur die Möglichkeit, den Ausgleich durch Ausgleichskassen zu schaffen, in die alle nach Maßgabe ihres Einkommens Beiträge zu zahlen oder je nach der Höhe der Kinderzahl einen Ausgleich zu erhalten hätten.

Dies braucht keine Mehrbelastung für den Staat und die Betriebe zu bedeuten, sondern es muß versucht werden, eine Verlagerung des Einkommens zur Sicherung der Lebenshaltung der erbgelunden Familie zu bewirken.

Zum Schluß wandte sich der Minister den Fragen der hygienischen Volksaufklärung zu. Mischehen mit Fremdrassigen müssen als das gekennzeichnet werden, was sie sind, nämlich der Grund für geistige und seelische Entartung wie für die Entfremdung dem eigenen Volk gegenüber.

## Gegen Versailles

Kundgebung der Deutschen Verbände.

Im Sitzungssaal des Deutschen Reichstags in der Kroll-Oper veranstaltete am Mittwochnachmittag der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände eine große Kundgebung aus Anlaß des Jahrestages der Unterzeichnung des Versailler Diktats.

Der Präsident des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände,

### Gouverneur z. D. Schnee

eröffnete die Kundgebung mit einer Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Wir stehen weiter im Ringen um Deutschlands Ehre, Freiheit und Gleichberechtigung. Sie zu wahren, haben Millionen deutscher Volksgenossen im Weltkrieg ihr Blut vergossen. Die lebende Generation hat die heilige Pflicht, dieses Vermächtnis unserer Gefallenen auszuführen und für diese Ziele zu kämpfen, bis sie erreicht sind.

Der Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP.,

### Alfred Rosenberg

betonte in seinem Vortrage einleitend, auch die hoffnungsfreudige Stimmung nach der deutschen Revolution dürfe uns nicht abhalten, den tiefen Ernst von Versailles und seinen Nachwirkungen zu würdigen. Geschichtliche Bedeutung müsse die Tatsache erlangen, daß die damaligen Entente-Staaten ihren eigenen Vorfriedensvertrag, auf Grund dessen Deutschland die Waffen niederlegte, gebrochen hätten, und daß folglich der spätere Versailler Vertrag moralisch unhaltbar und auch unrechtmäßig zustande gekommen sei. Während Wilson versprochen hatte, keine Annektionen und Kontributionen zu fordern, sei den gegnerischen Staaten eine Blanko-Vollmacht für nahezu unbegrenzte Willkür erteilt, und während der amerikanische Präsident erklärt hatte, nicht etwa strafen zu wollen, sei Artikel 231 mit der Kriegsschuldfrage ausdrücklich eingefügt worden. Während die deutsche Nation hunderte von Forderungen immer wieder erfüllt habe, weigere sich die Gegenseite noch immer, dieser klaren Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung nachzukommen. Wenn dabei Frankreich seine Sicherheitshefen verschle, so stelle Deutschland mit tausendmal mehr Recht seine eigene Sicherheitsforderung.

Die Tatsache der Ueberfliegung Berlins und Thüringens durch fremde Flieger zeige erschütternd die Hilflosigkeit Deutschlands auch in der Luftverteidigung, und die deutsche Nation müsse eine unbedingte Gleichberechtigung wenigstens in der Fliegerabwehr fordern.

Wir bestreiten, so sagte Alfred Rosenberg, jedem das Recht, uns den Vorwurf der Diskriminierung der Juden zu machen, so lange eine Entwürdigung des großen deutschen Volkes durch den Versailler Unfriedensvertrag geduldet oder gar verteidigt wird. Durch Inflation, durch Tribute usw. hatte Deutschland nahezu sieben Millionen Arbeitslose. Die Regierung Hitler macht die gewaltigsten Anstrengungen, um dieses Elends Herr zu werden und um die jungen Menschen diszipliniert zu halten, sie vor innerem Verfall zu retten. Um Stände- und Klassenkampf zu überwinden und die Ehre des Arbeitertums herzustellen, ist die Arbeitsdienstpflicht fest beschlossen worden. Und nun findet sich in Genf ein sogenannter Effektiv-Ausschuß, der uns diese Pflicht zur Arbeit als militärische Betätigung verbieten möchte!

An Versailles ist aber nicht nur die Entente schuld, so fuhr der Redner fort, sondern auch jenes System, das nun in Deutschland endgültig überwunden ist.

Man wollte Deutschland in Versailles für immer knechten, sozial spalten, durch Separatismus zersplittern. Andere Völker wären daran gestorben, das deutsche Volk aber beginnt heute die größte Stunde seiner feilischen Wiedergeburt zu erleben und unser Führer ist nicht nur Kanzler, sondern die Verkörperung einer Jahrtausendendung.

Die deutsche Revolution ist eine Revolution des sozialen Friedens und der Volkserlösung, ihr feilichster Wunsch ist, auch nach auherhin einen echten Frieden zu erhalten.

Der Deutschland aufgezwungene Unfrieden bedroht auch den Frieden der anderen Nationen, und erst ein wirklich befriedigtes Deutschland wird die Vorstufe bilden können für

einen wirklichen Frieden der ganzen Welt. Ueber eines müßte sich die Welt im klaren sein: Nach vielen Verjuchen hat Deutschland in der Regierung Adolf Hitlers seine Staatsform gefunden. Ein Sturz Hitlers würde ein furchtbares Chaos nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Mitteleuropa bedeuten und die wirtschaftliche und politische Weltkrisis ins Unermessene steigern.

Jede Schwächung des neuen Deutschland bedeutet also eine Stärkung des Weltkommunismus, jede Förderung aber bedeutet das Wachen der Stabilität nicht nur des Deutschen Reiches, sondern überhaupt der Verhältnisse auch der anderen Staaten.

Die deutsche Revolution richtet sich gegen kein einziges anderes Volk, sie ist nur die Darstellung des wiedererwachten Deutschland. Und seinem Dienste gilt nunmehr das Leben des heutigen Geschlechts und der kommenden Generationen für ein Reich der Ehre, Freiheit und sozialen Gerechtigkeit.

### Die Kiezentundgebung im Lustgarten

Der weite Berliner Lustgarten war bis in seine letzten Winkel hinein und darüber hinaus überfüllt von demonstrierenden Arbeitern, geschlossenen Massen, einzig in dem Willen, gegen den Schandvertrag von Versailles zu protestieren. Zahlreiche Transparente mit Aufschriften wie: „Wir wollen frei sein von Versailles“, „Tag von Versailles, Tag der Ehre“ wurden in den Zügen mitgeführt.

Der stellvertretende Gauleiter G ö r l i g e r brandmarkte den Wahnsinn übermütiger Sieger von 1919 und schilderte das Zustandekommen dieses Schandvertrages. Wenn man uns all die Jahre hindurch gezwungen habe, unsere eigene Ehre in den Schmutz zu treten, so rache sich das heute. Was einst in Versailles unterschrieben worden sei, werde wieder zerissen werden. Und mit denen, die seinerzeit unterschrieben hatten, werde Abrechnung gehalten. „Wir wollen schwören“, schloß G ö r l i g e r, „wir wollen nicht ruhen und rasten, bis Deutschland befreit ist.“

Der Landesobmann der NSD, Staatskommissar E n g e l, zeigte alle die verderblichen Folgen des Versailler Schanddikates mit der letzten Folgerung, daß doch keinem einzigen arbeitenden Menschen in der ganzen Welt damit ein Dienst getan worden sei.

Frankreich verbreite die Parole, Deutschland wolle den Revanchekrieg führen. Können denn überhaupt ein Mensch glauben, daß Deutschland seine Jugend verbluten lassen wolle in einem von vornherein zu 100 Prozent aussichtslosen Kampf auf den Schlachtfeldern? Deutschland brauche, wie die Welt, Frieden, Deutschland brauche aber auch Freiheit, um mit seinen geistigen Waffen, den Waffen seiner Wissenschaft und seiner Verstandes, sich den Platz unter den Völkern sichern zu können. Wir wissen, schloß Engel seine Rede, daß Adolf Hitler der Mann ist, der Deutschland mit unbegrenztem Vertrauen führt. Wir wissen auch, daß die Ehrlichkeit Adolf Hitlers dereinst der Weltpolitik die Richtung geben wird. Und wenn die Weltpolitik alle so eheilich wären wie Adolf Hitler, dann wäre es gut um uns bestellt. Darum schwören wir heute unserem Vaterland und unserem Führer: Deutschland und Adolf Hitler „Sieg Heil“!

### Kampfaufgabe der Studenten

Auf dem Opernplatz veranstalteten die Studenten eine riesige Kundgebung gegen Versailles, an der auch die Hitler-Jugend teilnahm. Kreisführer H i p p l e r erklärte, daß die deutsche Jugend des Dritten Reiches den Vertrag von Versailles niemals anerkennen werde. Die Studentenschaften Groß-Deutschlands, Albaniens, Bulgariens, Kroatiens, Mazedoniens, der Ukraine und Ungarns haben sich zusammengefunden, um eine „Internationale Studentenliga für die Neugestaltung Europas“ zu gründen. Die Aufgabe dieser Liga bildet der feste Wille, das System der Diktate mit allen Mitteln zu bekämpfen. Die Liga macht schon heute die Siegerstaaten moralisch haftbar für alles Unglück, das sich aus den ungelösten nationalen Fragen ergeben kann und ergeben wird. Aus ihrer Verantwortung heraus, den Frieden zu sichern, sieht sie gegenüber den Greueln der Entnationalisierung kein anderes Mittel, als daß im gegebenen Fall die unterdrückten Völker den Unterdrückterstaaten den Gehorsam verweigern.

Der eindrucksvollste war die Kundgebung in M ü n c h e n an der etwa 200000 Personen teilnahmen. Auf dem Königsplatz waren die gesamte SA und SS, die Wehrverbände, die Hitler-Jugend, Stahlhelm, Reichswehr, Landespolizei, Studentenkorporationen und die NSDAP aufmarschiert. Tausende von Fackeln brannten. Von der bayrischen Staatsregierung war Ministerpräsident Siebert erschienen, zusammen mit den führenden Persönlichkeiten der NSDAP. Innenminister Wagner gedachte der Gefallenen des Weltkrieges sowie der Märtyrer des Kampfes Adolf Hitlers um Deutschlands Erneuerung und sprach die Hoffnung auf den Zusammenbruch des Versailler Systems aus.

In Dresden zog die Bevölkerung am Abend zum Adolf-Hitler-Platz in unüberschaubaren Scharen hin, wo gleichfalls die SA, SS, Stahlhelm und Hitler-Jugend und die übrigen Verbände aufmarschiert waren. Der Vizepräsident des sächsischen Landtages, Cuno Meyer, protestierte in eindringlicher Weise gegen den Schmachfrieden von Versailles.

## Hugenbergs Rücktrittsgründe

Grundfragen der deutschen Wirtschaftspolitik.

Berlin, 29. Juni.

Ueber die Hintergründe des Rücktritts Dr. Hugenbergs wird betont, daß neben dem Vorgehen gegen die deutschen nationalen Rebenorganisationen und den von dem Parteivorstand der Deutschnationalen Front gefassten Beschluß, diese Partei aufzulösen, in erster Linie das Memorandum Dr. Hugenbergs in London und fernerhin die Differenzen mit führenden nationalsozialistischen Wirtschaftspolitikern über Grundfragen der deutschen Wirtschaft den Entschluß Dr. Hugenbergs herbeigeführt hätten. Man weist besonders auf das Z i n s p r o b l e m hin, das seit Monaten der schärfste Streitpunkt zwischen Dr. Hugenberg und seiner Umgebung einerseits und den nationalsozialistischen Wirtschaftspolitikern andererseits gebildet habe. Der nationalsozialistische Reichsbauernführer Walter Darré hat diesen Streit wie folgt charakterisiert: Dr. Hugenberg handele nach dem Grundatz, daß das Kapital eine angemessene Verzinsung finden müsse, und daß die Zinsen für das in der Landwirtschaft investierte Kapital deshalb nach diesem Grundatz zu

meßen seien. Darré dagegen stellt in den Vordergrund die Rentabilität der bäuerlichen Wirtschaft und will — von dieser Rentabilität ausgehend — die Höhe der Zinsen bestimmen.

## Hitler reist nach Neudeck

Im Zusammenhang mit Hugenbergs Rücktritt.

Berlin, 29. Juni.

Wie der „Angriff“ mitteilt, wird Reichskanzler Adolf Hitler in den nächsten Tagen nach Neudeck fahren, um mit dem Reichspräsidenten über die mit dem Rücktritt des Reichsministers Dr. Hugenberg zusammenhängenden Fragen zu sprechen.

### Darré Nachfolger Hugenbergs?

Wie aus politischen Kreisen verlautet, dürfte die beachtliche Rolle mit der Wiederbesetzung der durch den Rücktritt des Reichsministers Dr. Hugenberg freigewordenen Reichsministerien zusammenhängen.

Als präsumptiver Nachfolger für den Posten des Reichsernährungsministers gilt seit langem der nationalsozialistische Reichsbauernführer Walter Darré, der bereits an der Spitze aller auf landwirtschaftlichem Boden vorhandenen Reichsorganisationen steht. Walter Darré ist bekanntlich der ernsteste sachliche Gegner der Landwirtschaftspolitik des Reichsministers Dr. Hugenberg gewesen.

### Auch das Zentrum verschwindet

Dr. Goebbels vor den Amtswaltern und der Presse

Im Württembergischen Landtag empfing Reichsminister Dr. Goebbels die Amtswalter der NSDAP und die württembergische Presse, Berleger und Redakteure.

In seiner Rede warnte sich Dr. Goebbels mit großer Schärfe gegen das Zentrum, das als einzige größere Partei noch übrigbliebe, wenn das Zentrum zur Ovale sei, mache es seinen Laden selbst zu. „Wenn das Zentrum die nationalsozialistische Staatsführung den Exponenten des Zentrums nicht mehr lange mit verschrancen Armen zusehen. Das Zentrum ist, so betonte Dr. Goebbels mit Nachdruck, ziemlich überflüssig und hat keine Existenzberechtigung mehr. Was dem Nationalismus dient, wissen wir selbst, wir wissen aber auch, was der deutschen Nation dient. Wenn wir uns das Zentrum aus der Welt der politischen Realität entfernen, werden wir vor uns nur einen Dienst, für den sie uns dankbar sein können. Unser Standpunkt ist: Wir würden neben uns keine Partei, Kraft unserer Stärke vernichten wir die anderen Parteien. Wenn sie sich nicht selbst auflösen, lösen wir sie auf. Der Weg zum totalen Staat ist beschritten und wird zu Ende gegangen werden. Am Ende steht ein deutscher Einheitsstaat von nationalsozialistischem Gepräge, wie werden untereinander terrorisieren, erklärte Dr. Goebbels weiter, sondern alle heranziehen. Hundertprozentig nehmen wir aber nur die Jungen aus. In zwanzig Jahren wird es in Deutschland überhaupt keine andere Weltanschauung mehr geben als unsere; dann erst wird Deutschland augenpolitisch aktiv sein.“

## Der erste Hitler-Etat

Arbeitsbeschaffung im Vordergrund.

Der am Dienstag von der Reichsregierung beratene und in seiner jetzigen Form genehmigte neue Reichshaushaltsplan, der am 1. Juli in Kraft treten wird, ist das erste große Etatwerk der Regierung der nationalen Erhebung. Die besonderen Verhältnisse machten es der Regierung unmöglich, schon zu Beginn des Etatsjahres, zum 1. April, einen neuen Reichsetat aufzustellen, der den neuen Grundbesitzen in vollem Umfang Rechnung trägt. So wurde zunächst ein Provisorium geschaffen, und der Etat von 1932 um ein Viertel bis zum 30. Juni d. J. verlängert. Lediglich für das neue Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda wurde ein kleiner Sonderetat geschaffen, später auch eine Einrichtungssumme für das Reichsministerium für Luftfahrt ausgeworfen. Es handelt sich aber hierbei nicht um neue Ausgaben, sondern lediglich um Verlagerung von Ausgaben, da die neuen Ministerien Aufgaben übernommen haben, die bisher auf andere Ministerien und Behörden verteilt waren. Die Etats dieser Ministerien konnten entsprechend gelenkt werden.

Die Tatsache, daß der neue Etat, der in Einnahme und Ausgabe mit 5 927 499 050 RM abschließt, gegen den Etat des Vorjahres um 1 Milliarde 650 Millionen RM trotz umfangreicher Maßnahmen zu produktiver Arbeitsbeschaffung gesenkt werden konnte, zeigt schon, daß der Etat außerordentlich sparsam gehalten, und jeder Pfennig auf die Notwendigkeit und den Wert seiner Ausgabe geprüft worden ist.

Dabei sind die Reichsteuerverweilungen für die Länder noch um 58 Millionen Mark höher als das Inf-Aufkommen im Jahre 1932 angelegt worden, und zwar mit einer Milliarde 781 Millionen RM. Das Gesamtaufkommen an Steuern und Zöllen für das Reich ist auf fünf Milliarden 221 Millionen geschätzt worden, doch gehen davon 132 Millionen Mark an Sonderüberweisungen für die Länder ab.

Das Reichskabinett dürfte sich schon in den nächsten Tagen mit einem Entwurf eines Gesetzes für die E r w e r b s l o s e n h i l f e beschäftigen, der vom Reichsfinanzministerium aufgestellt worden ist. Dieses Gesetz dürfte die gesamte Erwerbslosenhilfe auf eine neue Basis stellen und sie erheblich produktiver gestalten. Das geht auch schon daraus hervor, daß in den 400 Millionen Mark, die für Erwerbslosenhilfe eingestellt worden sind, 200 Millionen Mark für die Durchführung des Arbeitsdienstes verwendet werden sollen. Man wird also in erster Linie Arbeit schaffen und den Arbeitsmarkt dadurch entlasten, anstatt wie bisher ungeheure Summen für die Unterstüzung auszugeben, ohne den Versuch zu machen, diese Summen im Wege produktiver Arbeitsbeschaffung der Wirtschaft und dem Volke zuzuführen.

Zum ersten Male ist in einem Reichsetat das Moment der Arbeitsbeschaffung wieder in den Vordergrund gestellt worden, während bisher immer wieder die Hauptrolle im Etat die Form der Unterstüzung der Erwerbslosen spielte.

Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk dürfte nach endgültiger Verabschiedung des Reichshaushaltsplanes der Öffentlichkeit noch die Grundzüge und Gedanken mitteilen, die ihm bei der Aufstellung des neuen Reichsetats als Leitlinie gedient haben. Wenn es gelungen ist, trotz Schaffung des Reichspropagandaministeriums und des Reichsministeriums für Luftfahrt den Etat so gewaltig zu senken, so ergibt sich daraus, daß altpreussische Sparsamkeit auch heute noch möglich ist.

## Dr. Goebbels über den Rundfunk

Stuttgart, 29. Juni.

Reichsminister Dr. Goebbels hielt bei seinem Besuch im Haus des Süddeutschen Rundfunks eine Ansprache, in der er betonte, es sei kein Zufall gewesen, daß die nationalsozialistische Regierung eine ihrer ersten revolutionären Taten darin sehe, den Kontakt mit dem Volk zu einer Funktion des Staates zu erheben.

Wir wollen, erklärte Dr. Goebbels, Volk und Staat zur Nation, zu einem nationalen Lebenskörper der Welt gegenüber formen. Eines der Hauptmittel hierzu ist der Rundfunk. Er wird einmal der große Lehrmeister der Völker sein. Er ist der ehrliche Mittler zwischen den Ständen und Konfessionen, Organisationen und einzelnen Individuen. Der Rundfunk ist für uns nicht ein objektives Übertragungs-Instrument, ihm muß eine Tendenz innewohnen.

Den Versuchen, fuhr Dr. Goebbels fort, durch Grenzsender propagandistisch zu arbeiten, haben wir bisher untätig zugehört. Wir wollen diese Entwicklung vorläufig erst einmal verfolgen, aber nicht, um untätig zu bleiben, sondern um im entscheidenden Augenblick unsere Entschlüsse zu fassen und zur Konkurrenz anzutreten. Wer dann, wenn mit gleichen Waffen gekämpft wird, am Ende der Unterlegenheit sein wird, das dürfte noch sehr die Frage sein. Dieser Hinweis dürfte genügen, um unsere Nachbarn in dieser Hinsicht zur Vernunft zu bringen.

## Bekämpfung des Grenzschmuggels

Zur Bekämpfung der Devisenverschöbung.

Berlin, 29. Juni.

Zur Abwehr des Ein- und Ausfuhrschmuggels, insbesondere zur Bekämpfung der verbotswidrigen Devisenausfuhr, wird am 1. Juli d. Js. das Grenzaufsichtspersonal der Zollverwaltung vorübergehend verstärkt. Zu diesem Zwecke werden Angehörige der SS durch Einzelstellenverträge als Hilfs-grenzangestellte eingestellt und den Zollaufsichtsstellen an der Grenze zugeteilt. Sie verrichten den Dienst unter Führung von Zollbeamten und sind an einer grünen Armbinde mit Reichsadlermessingsschild als Hilfs-grenzangestellte kenntlich.

## Für deutsche Arbeit und Ware

Eine Rede des Staatssekretärs von Rohr.

Berlin, 29. Juni.

Bei Eröffnung der Ausstellung „Deutsche Wolle — Deutsches Leinen — Deutsche Arbeit“ in den Räumen des deutschen Hauses Gustav Cords ergriff der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, von Rohr, das Wort. Er führte u. a. aus:

Das Ziel nationalrevolutionärer Wirtschaftspolitik muß die Unabhängigmachung des eigenen Volkes auch auf dem Gebiete der Wirtschaft sein, nicht so, daß man nun aus dem Auslande nichts mehr bezieht, wohl aber so, daß in keinem Augenblick, selbst in kritischster Zeit, die eigene Versorgung gefährdet ist. Als die nationale Regierung in diesem Winter auftrat, beruhten zwei Fünftel der deutschen Fettversorgung und 90 Prozent der deutschen Bekleidung auf ausländischen Grundlagen.

Unsere Politik war daher darauf gerichtet, mit allen Mitteln diesem Wahnsinns-Zustand ein Ende zu machen. Der Produzent allein aber kann es nicht schaffen, wenn nicht der Konsument auch zum gleichen Schritt entschlossen ist.

Es will zunächst in seinen Kopf nicht hinein, daß man deutsche Ware kaufen soll, wenn die ausländische billiger ist. Wie jeder versteht, daß der deutsche Industriearbeiter nicht zum 10-Pfennig-Lohn des japanischen arbeiten kann, so müssen wir alle verstehen, daß jedes Land seine eigenen Böden, seine eigenen Preise hat, die auf der eigenen Kultur, auf dem eigenen Klima, auf dem eigenen Boden, auf der eigenen Währung und auf den sonstigen eigenen Verhältnissen aufgebaut sind. Die Millionen in Deutschland wären niemals aus der Arbeit geworfen, wenn man nicht die deutsche Wirtschaft jener unmöglichen Weltmarkt Konkurrenz strupplos preisgegeben hätte. Bei dieser Konkurrenz siegt zum Schluß das niedrigst kultivierte Volk, während das höchststehende unterliegt. Aber selbst die Preisgestaltung hilft noch nichts, wenn nicht die deutsche Ware auch in ihrer Güte die ausländische schlägt.

Drei große Pläne werden von der nationalen Regierung verfolgt:

der erste Plan ist die Versorgung des deutschen Volkes mit heimischen Fetten,

der zweite die Versorgung der deutschen Landwirtschaft mit heimischen Futtermitteln und

der dritte die stärkere Versorgung Deutschlands mit heimischen Textilien.

In diese dritte größte und schwerste Aufgabe stellt sich nun diese Ausstellung hinein.

## Fleisch- und Fischvergiftungen

Die Iobes im Reichsgesundheitsblatt veröffentlichte Statistik über die Verbreitung der anzeigepflichtigen Krankheiten im Deutschen Reich für die Jahre 1930 bis 1932 enthält auch die Zahlen über die Häufigkeit der Fleisch- und Fischvergiftungen. Die Zahl der Erkrankungen bzw. Sterbefälle an Fleisch-, Wurst- und Fischvergiftungen in den Jahren 1930 bis 1932 betrug:

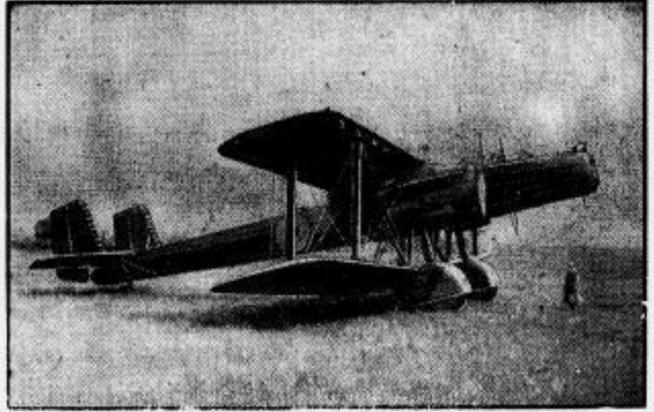
in den Jahren	Erkrankungen an		Sterbefälle an	
	Fleisch-, Wurst-, Fischvergiftung	Fleisch-, Wurst-, Fischvergiftung	Fleisch-, Wurst-, Fischvergiftung	Fleisch-, Wurst-, Fischvergiftung
1930 . . . . .	1789	49	49	49
1931 . . . . .	1848	56	56	56
1932 . . . . .	2477	54	54	54

Der Verfasser der Statistik, Regierungsrat Dr. Dronedden, bemerkt über die Zunahme von Fleischvergiftungen folgendes:

„Die hieraus ersichtliche Vermehrung der Erkrankungen an diesen Infektionskrankheiten ist im wesentlichen auf das zweite Halbjahr 1932 beschränkt, in dem die übernormale Hitze zur Ausbreitung dieser Seuchen beigetragen haben dürfte. Besonders zahlreiche Fälle von Fleischvergiftung wurden im Jahre 1931 u. a. aus Westfalen und Branden-

## Ein neues Nacht-Bombenflugzeug

wurde von den britischen Luftstreitkräften in Dienst gestellt. Das Flugzeug kann mit einer schweren Ladung Bomben eine Geschwindigkeit von 150 englischen Meilen entwickeln



burg, im Jahre 1932 bei allgemein erhöhter Erkrankungs-häufigkeit dagegen aus Schleswig-Holstein, Freistaat Sachsen, Rheinprovinz, Hessen-Rassau und Westfalen gemeldet. Paratyphus wiederum herrschte verhältnismäßig stark in den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und Hessen-Rassau, 1931 außerdem in Hamburg und Mecklenburg-Schwerin und 1932 in Bayern und Bremen.

Diese Zahlen geben über die bei uns vorkommenden Fleisch-, Wurst- und Fischvergiftungen allein noch kein Bild. Im Vergleich zu anderen Erkrankungen ist das Vorkom-

men von Fleisch- und Wurstvergiftungen und besonders von Fischvergiftungen minimal. Im Jahre 1932 entfielen z. B. auf 100 000 Lebende bei Diphtherie 99 Erkrankungen, bei Scharlach 85,3 Erkrankungen, bei Ruhr 7,5, bei Unterleibstypus 7,0, bei Paratyphus 5,4 und bei Fleisch-, Wurst- und Fischvergiftungen nur 3,8 Erkrankungen. Hiernach ist die Häufigkeit der Erkrankungen infolge Fleisch-, Wurst- und Fischvergiftungen im Rahmen dieser anzeigepflichtigen Krankheiten am geringsten, wirkliche Fischvergiftungen sind selten.

Nach den Feststellungen des Reichsgesundheitsamtes ist in den wenigen Fällen von Erkrankungen durch Fisch-genuß meistens Paratyphus die Ursache gewesen. Bei den übrigen Meldungen über angebliche Fischvergiftungen ist einwandfrei festgestellt worden, daß sie nicht zuträfen.

## Das Grab Johannes des Täufers gefunden

Die archäologische Expedition der Universität Oxford, die unter Leitung des bekannten Professors Crawford seit mehreren Jahren in Palästina forschte, hat einen außerordentlich glücklichen Fund machen können. Es gelang ihr

### Leokrem

bräunt schneller und  
verjüngt die Haut

DOSE: 90, 50, 22, 15 PF.

## Turnen - Sport - Spiel

### Fußball am Mittwoch.

ATV, Dippoldiswalde 2 — FWD, Rehmühle 1 : 2.  
Die Leute vom „Freiwilligen Arbeitsdienst“ enttäuschten sehr nach der angenehmen Seite. Sie waren äußerst schnell und hatten auch technisch sehr gute Leute dabei. Es dauerte ziemlich lange, ehe sich die 2. des ATV. zusammenfand. Der FWD. ging bis nach der Pause (2:2) bis zum Stande von 2:3 stets in Führung. Dann hatte Dippoldiswalde etwas mehr vom Spiel und konnte ausgleichen und mit dem 4. Tor sich den Sieg sichern. Das Ergebnis entspricht durchaus dem Spielverlauf. Ein Unentschieden hätte dem Kräfteverhältnis vielleicht noch besser entsprochen.

Deutschlands Wasserballmeister trug in Ludwigslust an Stelle des abgelagerten Länderkampfes gegen Österreich zwei Spiele gegen süddeutsche Auswahlmannschaften aus und feierte mit 8:3 (6:1) bzw. 6:2 (5:1) glatte Siege. Im 200-Meter-Brustschwimmen trafen erneut Schwarz-Wöpplingen und Wittenberg-Berlin zusammen. Schwarz siegte in 2:53,4 ganz überlegen.

Beginn der Tour de France. In Paris nahm die Tour de France unter Beteiligung deutscher, italienischer, Schweizer und französischer Fahrer ihren Anfang. Die deutschen Farben vertreten in diesem größten und längsten Straßenrennen der Welt: Thierbach, Bulla, Altendörfer, Sieranski, Kutschbach, Geiger, Stöpel und Bufe. Die Rundfahrt wird in diesem Jahre erstmalig in umgekehrter Richtung durchgeführt. Inzsgesamt ist eine Strecke von 4341 Kilometern in 23 Tages-Etappen zurückzulegen.

Glücklicher Kullakt in Wimbledon. Die inoffiziellen Tennismeister schafften am ersten Tage die Deutschen Gramm und Lund siegreich. Beide konnten ihre Gegner, die Engländer Belts und Peters in 4 Sätzen schlagen. Kourney und Kleinschroth sind bereits ausgeschieden. Die Damen haben den Kampf noch nicht aufgenommen.

Ein Radländertkampf Deutschland—Holland gelangte auf der holländischen Radrennbahn in Tilburg zur Austragung. Die Holländer siegten mit 97 zu 95 Punkten. Der Held des Tages war der Holländer Bijenburg.

Im Kampf um die Europameisterschaft der Mittelgewichtsklasse fanden sich in Bukarest Roth-Belgien und Agosti-Rumänien gegenüber. Der Belgier Gustave Roth war in allen zwölf Runden klar überlegen und gewann hoch nach Punkten.

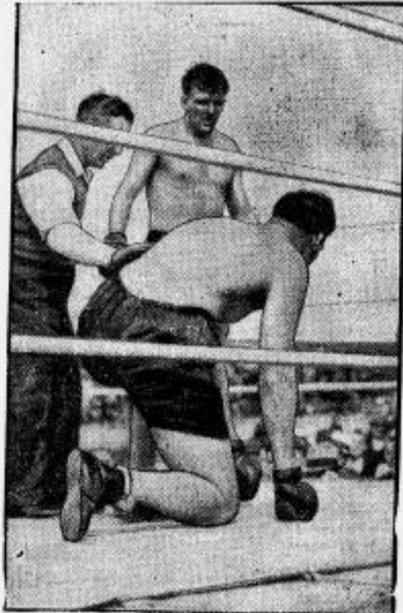
Bei den Tennismeisterschaften in Wimbledon konnten die Deutschen von Gramm und Lund zwei neue Siege feiern, und dadurch in die 3. Runde gelangen. Bei den Damen, die erstmalig in Aktion traten, gewannen Fr. Krabwinkel und Fr. Horn ihre ersten Kämpfe. Die Sensation des Tages bildete die Niederlage des englischen Spitzenspielers Perry, der dem Südafrikaner Farquharson in 5 Sätzen unterlag.

### Glückwunsch des Reichspräsidenten

Zum Stuttgarter Turnfest.

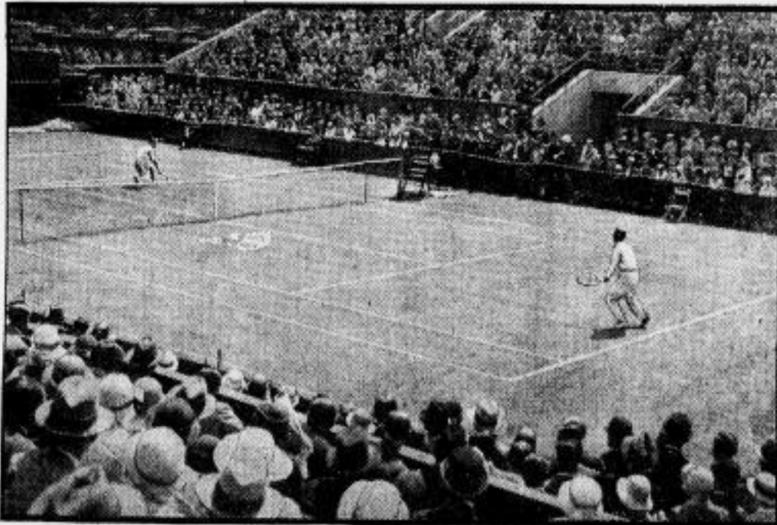
Für das Deutsche Turnfest sind aus allen Kreisen zahlreiche Glückwünsche eingegangen, u. a. auch vom Reichspräsidenten, der auf die an ihn ergangene Einladung u. a. wie folgt antwortete:

„Zu meinem Bedauern glaube ich nicht, daß es mir möglich sein wird, um die genannte Zeit nach Stuttgart zu kommen. Ich bitte Sie daher, meine Abwesenheit entschuldigen zu wollen, und wünsche Ihrer Veranstaltung aufrichtigst einen vollen Erfolg. Mit freundlichem Gruß!  
(gez.) von Hindenburg.“



### Neufels Sieg über den „englischen Carnera“

In London schlug der deutsche Schwergewichtler Walter Neufel Jack Pettifer, der wegen seiner riesigen Körpermaße der „englische Carnera“ genannt wird, in der 9. Runde durch technischen K. o.



### Der Schauplatz der Tennisweltmeisterschaften.

Blick auf das Tennisstadion in Wimbledon während des Spitzes Austin-Brugnon. Die Deutschen von Gramm, Lund und Fr. Krabwinkel kämpfen bereits in der dritten Runde

namlich, das Grab Johannes des Täufers zu entdecken, in das die Königin Herodias den Kopf des großen heiligen und Vorläufers Christi bestatten ließ. Es befindet sich auf dem Berge Samaria, sehr nahe bei Jerusalem, und soll bereits im 12. Jahrhundert von einem griechischen Mönche aufgefunden und ausführlich beschrieben worden sein. Am Grabe ist eine Tafel, und zwar ein Mosaikstein angebracht, auf dem die Hinrichtung des Johannes bildlich dargestellt ist. Englische Bekehrte sind jedoch der Ansicht, daß man diese Tafel erst in späteren Jahren verfertigt hat.

## Sächsisches

**Dresden.** Von der Gauleitung Sachsen des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes wird dem Telemobil-Sachdienst mitgeteilt: Der bisherige Führer des DSV, Hermann Mithow—Hamburg, ist von seinem Amt zurückgetreten. Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, beauftragte mit der Leitung des Verbandes den langjährigen berufsamtlichen Mitarbeiter und Vorsteher des Personalamts des DSV, den alten nationalsozialistischen Vorkämpfer August Sald.

**Dresden.** Am Sonntag wurden anlässlich des NS-Großflugtages in Dresden etwa 140000 Personen teils mit Straßenbahn, teils durch Kraftautobusse nach dem Flugplatz befördert. Wie stark die Beanspruchung auf den zum Flugplatz verkehrenden Linien war, geht daraus hervor, daß bei normalem Sonntagsverkehr auf diesen Strecken 60 Wagen verkehren, während am Flugtage 300 Wagen benötigt wurden. Im Fahrdienste war 22 v. H. mehr Straßenbahnpersonal tätig als an gewöhnlichen Sonntagen. Um eine glatte Abwicklung des Verkehrs zu ermöglichen, wurden den verschiedenen Verkehrsmitteln getrennte An- und Abfahrtswege zugeteilt. So gelang es, die Wagenfolge auf der am meisten befahrenen Strecke bis zu 30 Sekunden zu verringern. Auf der Hauptstrecke war aus Gründen der Betriebssicherheit für die Oberleitung die Verstärkung durch einen zweiten Fahrdrabt und die Einschaltung eines zweiten Kraftwerkes vorgenommen worden.

**Dresden.** Dem Telemobil-Sachdienst wird aus Greiz gemeldet: Der Reichswehrangehörige vom Reiterregiment 12 in Dresden Rudi Gräfel kam mit seinem Kleinkraftwagen die Heinrichstraße heraufgefahren und stieß an der Ecke mit dem Personenkraftwagen eines Geschäftsmannes aus Rölln zusammen. Gräfel erhielt einen schweren Schädelbruch und starb während der Ueberführung ins Landeskrankenhaus. Der Verunglückte weilte in Gräfenwarth auf Urlaub.

**Heidenau,** 28. Juni. Der Feinereit von den Sozialdemokraten gewählt, inzwischen aber aus der SPD. ausgeschiedene Bürgermeister Greger, der seit einiger Zeit beurlaubt und kürzlich nach Hohnstein in Schutzhaft gebracht wurde, hat jetzt sein Amt niedergelegt.

**Freiberg.** Das Stadtverordnetenkollegium genehmigte am Sonnabend ein Darlehen von 38000 Mark für Kabelverlegungen im Stadtgebiet. Für die Erweiterung der Wasserfassungsanlage im Gmlitztal wurden 81000 Mark bewilligt. Für den Bau einer Kläranlage, Kanalisationsarbeiten und Straßenbauten wurden insgesamt 336000 Mark bereit gestellt. Mit der Kläranlage wird einem seit Jahren bestehenden Bedürfnis Rechnung getragen. Sämtliche Beschlüsse des Kollegiums wurden einstimmig gefaßt. Es handelt sich um Arbeiten im Rahmen des Reichsarbeitsbeschaffungsprogramms.

**Waldheim.** Nach einem neuerlich von den städtischen Körperschaften gefaßten Beschluß werden die Verkaufsstellen der städtischen Betriebswerke ihre Lagerbestände noch verkaufen, Neuanstellungen aber nicht wieder vornehmen, da die Verkaufsstellen nach beendeten Ausverkauf aufgelöst werden sollen.

**Annaberg.** Unter Leitung des Pfarrers Reichel, Annaberg, fand hier in der Festhalle eine große Kundgebung statt. Pfarrer Coch, Dresden, schilderte in einer großangelegten Ansprache, wie Hitler dem deutschen Volke den Glauben an Gott und das Vaterland zurückgegeben habe. Das Ziel müsse sein, eine große deutsche Volksgemeinschaft zu bilden. Notwendig sei aber ebenso die Einigung der Konfessionen. Hitler habe nicht nur eine nationale und politische, sondern auch eine religiöse Sendung. Durch das deutsche Volk gehe jetzt eine starke Sehnsucht nach einem Christentum der Tat. Uns fehle noch eine Volkskirche. „Die evangelische Kirche deutscher Nation“ solle vom Wehrkreispfarrer Ludwig Müller (Königsberg) geführt werden. Juden gehörten in die Kirche deutscher Nation nicht hinein, das Parteiprogramm der NSDAP. sichere jedoch volle Religionsfreiheit zu. Das Hauptziel der neuen Kirche laute: Volkseinigkeit. In der neuen Kirche müsse der Pfarrer auf der Kanzel eine Sprache sprechen, die allen deutschen Volksgenossen verständlich sei. Auch die Notwendigkeit von Volkspredigern betonte der Redner. Pfarrer Müller, Dresden, wies u. a. darauf hin, daß als Führer der Landeskirche ein Mann bestimmt werden müsse, der gleichzeitig Mann des Glaubens und Kämpfer Adolf Hitlers sei. Unter lebhafter Zustimmung der Versammlung schlug der geistliche Redner Pfarrer Coch zum Landesbischof vor. Folgende Entschließung wurde dem ev.-luth. Landeskonsistorium telegraphisch übermittelt: Gegen 1200 deutsche Christen, zur Kirchenfrage in der Festhalle zu Annaberg versammelt, fordern die sofortige Ernennung von Pfarrer Coch zum kommissarischen Landesbischof für Sachsen. In gleichem Sinne sind Ausführungen des nationalsozialistischen Rechtsanwalts Dr. Schreiber in der Mittwoch-Ausgabe des „Dresdner Anzeiger“ gehalten.

**Jittau.** Wie verlautet, ist der Bürgermeister der Stadt Jittau, Dr. Kolzenburg, beurlaubt worden.

## Letzte Nachrichten

### Vor der endgültigen Vertagung der Abrüstungskonferenz.

Abreise der deutschen Abordnung am Donnerstag.

Genf, 28. Juni. Die Vertagung der Abrüstungskonferenz bis zum 16. Oktober wird jetzt in allen Konferenzkreisen als endgültig angesehen und am Donnerstag wurde zum Hauptausgang amtlich be-

Ruß- und Zuchtviehgeschäft

# Fritz Krüger

Dippoldiswalde, Stadt Dresden. Tel. 401

nützlich werden. Vorkämpfer Radolny wird hierbei in einer grundsätzlichen Erklärung noch einmal die schweren deutschen Bedenken gegen die Vertagung zum Ausdruck bringen. Es bestätigt sich nunmehr, daß die Vertagung auf den ausdrücklichen Wunsch der englischen Regierung erfolgt ist, während die französische Regierung gegenwärtig auf dem Abrüstungsgebiet sich gewisse Zurückhaltung auferlegt und der englischen Regierung die Führung überläßt. Jedoch stößt die Vertagung auch in neutralen Kreisen auf wachsende Bedenken. Die Auffassung wird laut, daß für eine praktische Weiterführung der Verhandlungen auf dem Wege privater Besprechungen keinerlei Garantien vorliegen. Präsident Henderson soll beabsichtigen, gleich nach der Vertagung im Juli eine Reise in die Hauptstädte der Großmächte anzutreten, insbesondere auch mit der deutschen Regierung in direkte Besprechungen einzutreten. Auf deutscher Seite wird diese neue Wendung der Abrüstungskonferenz mit außerordentlicher Besorgnis verfolgt, da vom Präsidenten der Abrüstungskonferenz bisher keinerlei praktische Garantien für eine Einschaltung der deutschen Regierung in die kommenden privaten Besprechungen gegeben worden sind. Die große unvermeidliche Endauseinandersetzung über die grundsätzlichen Streitfragen ist praktisch jetzt auf Mitte Oktober verschoben worden. Jedoch wird allgemein damit gerechnet, daß im Oktober eine neue fristlose Vertagung der Abrüstungskonferenz mit der gegenwärtig angewandten Begründung versucht werden wird.

Die deutsche Abordnung beabsichtigt, bereits am Donnerstag nach Berlin zurückzukehren.

## Falsche Gerüchte um Neurath und Schacht.

Berlin, 28. Juni. In London verbreitete Gerüchte, wonach Reichsaussenminister von Neurath seinen Rücktritt erklärt habe, sind, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, falsch erfinden. Es ist auch behauptet worden, daß Freiherr von Neurath nicht mehr Chef der deutschen Abordnung für die Weltwirtschaftskonferenz sei. Auch diese Behauptung für die Weltwirtschaftskonferenz sei. Auch diese Behauptung ist falsch. Die Gerüchte sind offenbar darauf zurückzuführen, daß Reichsaussenminister von Neurath vorläufig nicht nach London zurückkehren wird, weil für seine Anwesenheit auf der Weltwirtschaftskonferenz einwilligen kein Anlaß vorliegt.

Reichsbankpräsident Schacht, der zurzeit noch in London weilte, wird ebenfalls nach Berlin zurückkehren. Im Zusammenhang hiermit sei darauf hingewiesen, daß eine Ansicht eines Berliner Blattes, daß auch Kapitalrückzahlungen geleistet würden, unrichtig ist. Bei der augenblicklichen Devisenlage in Deutschland ergibt sich die Unrichtigkeit der Meldung von selbst.

## Luftschutz gilt als „Aufrüstung“?

Eine Anfrage im englischen Unterhaus.

London, 28. Juni. Im Unterhaus wurde die Anfrage eingebracht, ob die Aufmerksamkeit des Außenministers auf die „Entscheidungen“ der deutschen Regierung gelenkt worden sei, entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages zwei bewaffnete Polizeijugende in Auftrag zu geben, und was der Minister zu tun gedächte, um klarzustellen, daß eine Wiederaufrüstung Deutschlands durch eine einseitige Handlungsweise unter Bruch des Vertrages unter keinen Umständen zugelassen werden soll. Der englische Außenminister antwortete, daß er noch keine Bestätigung dieses Gerüchtes habe. Hinsichtlich der Wiederaufrüstung Deutschlands verwies er auf eine frühere Erklärung der englischen Regierung.

## Ueber 300 Todesopfer des Erdbebens auf Sumatra.

Amsterdam, 28. Juni. Nach aus Palembang auf Sumatra eingegangenen Meldungen ist die Zahl der Todesopfer des Erdbebens, von dem Südwest-Sumatra am Sonntag heimgesucht wurde, weit größer als ursprünglich angenommen. Allein im Ranau-Gebiet sind 104 Tote und 72 Schwerverletzte gezählt worden. Ferner sind in Süd-Benchoelen 208 Menschen ums Leben gekommen und 19 schwer verletzt worden. Damit ergibt sich eine Gesamtzahl von 310 Toten und 91 Verwundeten. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß auch diese Zahlen noch nicht endgültig sind, da aus den Orten Lima und Kroe, wo alle massiven Häuser eingestürzt sein sollen, Angaben über die Zahl der Opfer noch nicht vorliegen.

## Weitere Anschläge in Oesterreich.

Wien, 28. Juni. Auf der Strecke der elektrischen Bahn Wien—Baden wurde in der Nacht auf Mittwoch ein Schienenstück von 50 Zentimeter Länge gesprengt. Der Zugverkehr erlitt dadurch keine Unterbrechung. Auf der Wiener Stadtbahn wurde eine Art Handgranate gefunden, die nach dem Gutachten des Sprengsachverständigen keine besondere Sprengwirkung hätte ausüben können. In einer Parkanlage ist ebenfalls ein angeblicher Sprengkörper entdeckt worden. Seine Art muß erst durch die Untersuchung des Sachverständigen festgestellt werden. Von vielleicht größerer Bedeutung ist die Zerstörung von Telefonleitungen in der Umgebung von Graz, durch die die Verbindung der Steiermark mit Ungarn und Südbavien gefährdet ist.

Die Einführung von Konzentrationslagern für die Nationalsozialisten und von besonderen Schnellzügen werden von der Presse als bevorstehende Beschlüsse des Ministerrats angekündigt. Nach einer Äußerung aus Regierungskreisen sind solche Maßnahmen nicht beabsichtigt.

## Ein bisher unbekanntes amerikanisches Angebot an Oesterreich während des Krieges

Washington, 28. Juni. Die Regierung hat bisher geheimgehaltene Urkunden aus der Kriegszeit veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß Amerika am 15. Februar 1918 der österreichischen Regierung finanzielle Hilfe angeboten hat, falls Oesterreich sein Bündnis mit Deutschland breche und einen Sonderfrieden schließe.

## Grosse Aktion gegen katholische Verbindungen in Breslau.

Breslau, 28. Juni. Am Mittwoch wurde von der geheimen Staatspolizei unter Leitung von Kriminalkommissar Dr. Schäfer

und von der Landesleitung Schlesiens des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes eine große Aktion gegen zwölf katholische Verbindungen in Breslau durchgeführt. Es wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen, bei denen umfangreiches Material beschlagnahmt wurde. Wie die nationalsozialistische „Schlesische Tageszeitung“ meldet, war bereits seit längerer Zeit die Beobachtung gemacht worden, daß die Führer etlicher katholischer Verbindungen in ihrem politischen Verhalten eine Stellungnahme zur Schau trugen, die durchaus nicht im Sinne der Regierung lag.

## Auch der Christlich-soziale Volksdienst

Berlin, 28. Juni. Die Verhandlungen der Führung des Volksdienstes mit dem Reichsinnenminister Dr. Frick sind zum Abschluß gekommen. Die Reichsleitung des Volksdienstes ist zur endgültigen Beschlussfassung auf nächsten Sonntag nach Rassel einberufen worden.

## Bemerkenswerter Beschluss der Zentrumsfraktion eines Stadtparlaments

Siegburg (an der Sieg), 28. Juni. In der Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch ist die Zentrumsfraktion, die mit 15 Stadtverordneten von insgesamt 29 die absolute Mehrheit im Stadtparlamente hatte, auf einen Appell des Bürgermeisters hin, mitzuwirken am Wohl und Ausbau des Vaterlandes und sich einzureihen in die große Volksbewegung, geschlossen der 14köpfigen Stadtverordnetenfraktion der NSDAP als Hospitant beigetreten.

## Das Saargebiet am Tage von Versailles

Halbmaßflaggen verboten

Saarbrücken, 28. Juni. Am Jahrestage der Unterzeichnung des Versailler Vertrages war es im Saargebiet wegen der Ausnahmegehalte nicht möglich, öffentliche Einspruchstungebungen gegen Versailles zu veranstalten. Die Regierungskommission hatte sogar eine Verfügung erlassen, wonach das Halbmaßflaggen verboten ist. Die Köchlingischen Eisen- und Stahlwerke in Bülkingen ließen sich trotzdem nicht von einem klummen Protest abhalten und hielten lange schwarze Trauerfahnen.

## Die Auflösung der Deutschen Staatspartei

Berlin, 28. Juni. Die Reichsführung der Deutschen Staatspartei gibt folgende Erklärung ab: Die Deutsche Staatspartei wird hiermit aufgelöst. Sämtliche Landesverbände, Wahlkreisorganisationen und Ortsgruppen sowie alle Nebenorganisationen haben damit zu bestehen aufgehört.

## 4 200 000 Einwohner in Berlin

Vorläufiges Ergebnis der Volkszählung

Berlin, 28. Juni. Das statistische Amt hat das erste vorläufige Ergebnis der Volkszählung vom 16. Juni festgestellt. Danach wurden in Berlin 1936860 männliche, 2265190 weibliche, zusammen 4202050 Personen gezählt.

Geschäftliches.

**Vernunft und Eitelkeit** haben nichts miteinander zu tun. Während die Eitelkeit zur Ueberreibung neigt, gebietet die Vernunft das unbedingt Notwendige und das richtige Maßhalten. Vernünftig ist beispielsweise das idyllische Reinigen der Zähne und des Mundes mit einer Zahnpaste von höchster Qualität, wie es die beliebte Chlorodont-Zahnpaste ist. Blendend weiße Zähne, die jeder Eitelkeit gerecht werden, und reiner, frisch duftender Atem sind der Erfolg.

## Handel und Börse

Dresdner Börse vom 28. Juni. In der Wertpapierbörse kann sich eine klare Haltung nicht entwickeln, da Geschäfte nur selten zustandekommen. Den Gewinnern: Seyden 4, Reichsbank 1,5, Mimosa 1,25 Prozent, fanden härtere Verluste gegenüber: Waldschlösschen 7, Augsburgsberger Halle 2, Reichelbräu 1,5, Braubank 3, Lingner 1,3, Gölitzer Waggon 1,3, Deutsche Eisenbahn 2 Prozent. Anleihen und Pfandbriefe ebenfalls schwächer.

**Chemnitzer Produktendörse vom 28. Juni.** Weizen 193—197; Roggen 150—163, Sandroggen 165—167; Wintergerste 158—162; Hafer 140—146; Weizenmehl 5,75; Roggenmehl 26,50; Weizenkleie 9,35—9,85; Roggenkleie 9,25—9,75; Weizenheu 10 je altes 5,75; Getreidestroh drahtgepreßt 2,50.

**Gasthof Berreuth** Morgen **Schlachtfest** Preitag

## Milchversandscheine

druckt schnellstens

Buchdruckerei Carl Jehne

## Eleganter Mietwagen

(7 Sitze)

u. kleinerer Wagen 15—25 1/2 pro Km.

**A. Estler,**

Schmiedeberg Tel. 233

## Druckfachen

für jeden Bedarf

Buchdruckerei C. Jehne

## 3-Zimmer-Wohnung

sofort oder 1. 10. an ruhige Leute zu vermieten. Offerten u. u. 3. 100 an d. Gesch. d. Bl.

Fast neue, guterhaltene, große

## Schreibmaschine

zu verkaufen. Zu erfahren in der Geschäftsstelle

Ab heute stelle ich einen frischen Transport ca. 20 Stück

## hochtragender Kühe und Kalben

sowie mit Kälbern

ganz besonders preiswert zum Verkauf.

Schlachtoch wird bestmöglichst in Zahlung genommen.



# Beilage zur „Weißeritz-Zeitung“

Nr. 149

Donnerstag, am 29. Juni 1933

99. Jahrgang

## Kurze Notizen

Die Bayerische Volkspartei, Ortsgruppe Aschaffenburg, hat sich mit dem heutigen Tage aufgelöst.

Das Mitglied der Zentrumsfraktion des Reichstags, Hauptmann a. D. Farny, hat sein Reichstagsmandat niedergelegt. Er war Reichstagsmitglied seit der 5. Wahlperiode 1930 und ist im Wahlkreis 31 (Württemberg) für das Zentrum gewählt worden.

Das anhaltische Staatsministerium hat den Wehrwolf, den Jungdeutschen Orden, die Deutsch-Völkische Freiheitspartei und die Deutschnationalen Betriebszellenorganisationen aufgelöst und verboten und deren Vermögen zugunsten des Staates beschlagnahmt.

Major a. D. Palmer, der Leiter der Fliegerschule in Voelblingen und Führer der Landesgruppe Württemberg des Deutschen Luftpilotenverbandes, ist heute früh nach kurzer Krankheit gestorben.

## Ein neuer Geist

Wahre Apostel des neuen Deutschland

In diesen Tagen wurde ein Unternehmen beendet, das als eine völkerverbindende Tat angesehen werden darf. Es handelt sich um die vom Automobilclub von Deutschland (A.C.D.) durchgeführte „Industrierevier-Fahrt“, deren geistiger Urheber und Organisator Direktor Dr. W. Jäger, Vizepräsident des A.C.D., gewesen ist. Zu dieser Industrierevier-Fahrt hatte der A.C.D. aus 15 benachbarten Staaten führende Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft als Gäste eingeladen, um diesen die Möglichkeit zu einem zwanglosen Meinungsaustausch über wirtschafts- und handelspolitische Fragen zu geben. Darüber hinaus hatten die ausländischen Gäste aber auch Gelegenheit — unbeirrt durch eine böswillige Zeitungspropaganda — das neue Deutschland aus eigener Anschauung kennenzulernen und sich selbst ein Urteil zu bilden über unsere geordneten Verhältnisse, über unseren ungebrochenen Willen zur Arbeit und über die enge Verbundenheit aller Klassen und Stände.

Etwa 70 prominente Auslandsgäste, die zu diesem Zweck eigens nach Deutschland reisten, beteiligten sich an der Fahrt, die von Berlin über Hannover, Bad Deynhausen, Osnabrück, Essen und Beverlun an den Rhein führte. Freimütig wurde ihnen Einblick gewährt in repräsentative deutsche Produktionsstätten, so in die Ufa-Werkers Reubelsberg, bei der Continental Caoutchouc-Compagnie G. m. b. H., Hannover, der größten Reifenfirma Deutschlands, bei der F. H. Hammerling Aktien-Gesellschaft, Osnabrück, einem der führenden Textilunternehmen, weiter bei der Friedr. Krupp A.-G., Essen, dem bedeutendsten Werk der deutschen Stahlindustrie, und schließlich bei der I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, Beverlun, dem führenden Unternehmen der chemischen Industrie. Dadurch, daß den ausländischen Gästen von der Daimler-Benz A.-G. große Reiselimonen für diese Fahrt zur Verfügung gestellt waren, die als Treibstoff deutsches Benzin benutzten, hatten die ausländischen Gäste gleichzeitig einen eindrucksvollen Beweis von der praktischen Bewährung industrieller deutscher Arbeit.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Industrierevier-Fahrt, die durch eine Fahrt im „Schienenzepp“ nach Hamburg und anschließende Besichtigung des Ozeanriesen „Deutschland“ sowie mit einer Zeppelinfahrt unter persönlicher Führung von Dr. Eckener über den Alpen ihren endgültigen Abschluß fand, die ausländischen Gäste in jeder Richtung voll befriedigt hat. Private Äußerungen, wie auch die Ansprachen unserer Gäste ließen deutlich erkennen, daß die Organisation der Fahrt und die besichtigten Stätten deutscher Arbeit, vor allem aber die musterhafte Ordnung, der sie überall in Deutschland begegneten, bei ihnen überaus starke und nachhaltige Eindrücke hinterlassen haben.

Besonders wurde es von den ausländischen Gästen anerkannt, daß sie — ohne jeden „Maulkorbzwang“, wie sich einer von ihnen drastisch äußerte — mit den deutschen Teilnehmern in offener und freimütiger Aussprache alle aktuellen politischen und wirtschaftspolitischen Fragen behandeln konnten, was viel zum gegenseitigen Vertrauen und Verständnis beigetragen hat. Das ging besonders aus den Worten des Präsidenten Acuto (Italien) gelegentlich des Abschiedsabend in Köln hervor, der von der „wundervollen politischen Atmosphäre dieser Fahrt“ sprach, „welche die der großen internationalen Konferenzen erheblich übertroffen habe“.

Ueber dieses gegenseitige Verstehen hinaus haben sich aber auch im Verlauf der Fahrt Bande aufrichtiger und herzlicher Freundschaft geknüpft, die sicher noch reiche Früchte tragen werden. Am treffendsten wird diese Stimmung durch die Worte des ungarischen Reichstagsabgeordneten, Ministerialrat von Görgen, dem Referenten für Handel und Gewerbe im ungarischen Parlament, Budapest, gekennzeichnet, der etwa folgendes ausführte:

„Sie haben uns zu wahren Aposteln des neuen Deutschlands gemacht. Wir kehren heim mit den schönsten und tiefsten Eindrücken, wir haben unendlich viel gesehen und gelernt und haben besonders gesehen, was ein Volk leisten und schaffen kann, das alle nationalgesinnten Kräfte zusammengefaßt hat.“

Besonders interessant sind auch die Ausführungen einiger weiterer Teilnehmer gegenüber einem Interviewer. Bürgermeister Dr. H. J. Lovink aus Alphen a. d. Rijn, Präsident der zweiten holländischen Kammer und holländischer Bauernführer, also eine handels- und agrarpolitisch sehr wichtige Persönlichkeit, ließ seine Ansprache in folgenden Worten ausklingen: „Wir sind große Freunde von Deutsch-

land und kennen Deutschland schon sehr lange und sehr gut. Die gesund denkenden Holländer haben keinen Augenblick daran gedacht, daß es in Deutschland so sein könnte, wie gewisse Nachrichten es glauben machen wollten.“ Herr Lovink ist übrigens gleichzeitig holländischer Vertreter im Völkerverbund.

Einer der dänischen Teilnehmer, Bankdirektor B. Eigved von der Privatbank Kopenhagen, konnte während der Fahrt interessante Vergleiche zwischen dem früheren Aufenthalt in Deutschland und dem jetzigen ziehen, die er in folgenden Worten schilderte: „Interessiert hat es mich, daß überall ein neuer Geist eingezogen ist, daß sich alle eins fühlen. Nur eine große Not kann ein Volk so zusammenschweißen lassen, um nur für das Vaterland zu arbeiten und nicht für einzelne Interessen.“

Alles in allem darf das Ergebnis dieser hochbedeutungsvollen Fahrt des Automobilclubs von Deutschland dahin zusammengefaßt werden, daß hierdurch fremde Gäste zu unseren Freunden geworden sind, zu Freunden, die das neue Deutschland und den ernstlichen Willen zur Aufbauarbeit aufrichtig bewundern.

## Ende des Parteienstaates

Der Parteienstaat, wie er sich mit der November-Revolution entwickelt hat, ist tot. Niemand sehnt ihn zurück. Er hat es verschuldet, daß die innerpolitische Zersplitterung des deutschen Volkes bis zum politischen Selbstmord getrieben wurde. Er hat es verschuldet und hat es gewollt, daß das deutsche Volk nicht zu wahrer Volksgemeinschaft kam, daß der nationale Staat sich nicht entwickeln konnte. Und aus all diesem, was uns der Parteienstaat gebracht hat, erklärt sich die Ohnmacht, die Deutschland nach außen und innen handlungsunfähig machte, handlungsunfähig besonders zu befreiender nationaler Tat. Wie konnte auch aus diesem 35-Parteien-Volk ein einheitlicher nationaler Wille, ein völkergemeinschaftliches Ziel herauswachsen!

Heute ist der Parteienstaat begraben. Tot war er schon in dem Augenblick, da Adolf Hitler die Kanzlerschaft übernahm und er rücksichtslos den Kampf gegen die Zersplitterung des großen nationalen Volksgemeinschaft entgegenstellte. Noch einmal appellierte er an das deutsche Volk, noch einmal wurde es berufen, sich über Wesen und Ziel des nationalen Staates klar zu werden. Der Zersplitterungsgeist, der sich noch bei den vorletzten Wahlen 32 bis 35 Parteien leistete, bechied sich am 5. März d. J. schon mit 10 bis 15. Das Ergebnis der Wahl aber war die Aufrollung dieser Zersplitterungsfront, so daß im Grunde nur noch zwei Gruppen übrig blieben, die der Marginalen und die der nationalen Front. Aber auch diese Gruppierung vertrat sich nicht mit dem Gedanken und dem Streben nach dem großen nationalen Einheitsstaat, der deutschen Volksgemeinschaft. Es mußte eine klare Entscheidung getroffen werden, wer sich zum neuen Deutschland bekannte und wer sich ihm entgegenstellte. Die Vorgänge sind noch zu frisch in Erinnerung, als daß es notwendig wäre, die Hintergründe im einzelnen aufzuzählen, die zu einer restlosen Zerschlagung der marginalen Parteien geführt haben. Bis in die jüngsten Tage ist diese Säuberungsaktion durchgeführt worden, die schließlich damit endete, daß Kommunisten, Sozialdemokraten und auch die Demokraten als Partei und parlamentarische Vertretung ausgeschaltet wurden.

Die Berufung Adolf Hitlers und sein Auftrag zur Bildung einer nationalen Regierung gingen noch von der parlamentarischen und parteimäßigen Gliederung aus, die äußerlich und innerlich auch innerhalb der nationalen Front in Erscheinung trat. Adolf Hitler als Führer der großen nationalsozialistischen Bewegung und Hugenberg als der langjährige politische und geistige Führer der Deutschnationalen Volkspartei waren die Vertreter der in der großen nationalen Front aufmarschierten Träger der Regierungspolitik. Aber immer mehr trat zwingend der Gedanke hervor, die letzten Merkmale parteimäßiger Gliederung der Regierungspolitik zu beseitigen. Dr. Hugenberg hat in den letzten Jahren des Kampfes um die Machtergreifung sich wiederholt entschieden und überzeugend gegen das parlamentarische System, gegen den Parteienstaat ausgesprochen. Wenn er jetzt in Konsequenz dieser Überzeugung sich selbst für die Auflösung der deutschnationalen Front eingesetzt und auf dem Wege eines Freundschaftsvertrages mit Adolf Hitler der Eingliederung der Deutschnationalen in die nationalsozialistische Bewegung zugestimmt hat, dann mag ihm dieser Schritt als Vorkämpfer der nationalen Front trotz allem nicht leicht geworden sein. Denn er gibt damit ein Wert auf, das in der deutschen Geschichte immer als Felsen nationalen Willens und nationalen Kampfes gegolten hat. Sollte aber der Parteienstaat verschwinden, dann mußte auch nach außen hin jeder Anlaß genommen werden, der darauf zurückwies.

Es ist ein zufälliges Zusammentreffen, daß der Beschluß der Selbstauflösung der DNVP zeitlich zusammenfiel mit dem Rücktrittsgesuch Hugenbergs. Und doch bestehen innere Zusammenhänge. Hugenberg hat erkannt, daß es unmöglich ist, auf ein politisches Eigenleben zu verzichten und trotzdem innerhalb des Kabinetts für politische Ideen sich einzusetzen, die nicht in den Rahmen der nationalsozialistischen Politik einzubauen sind. Die Gleichschaltung alles politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens in Deutschland hat das Totalitätsprinzip nationalsozialistischer Staatsauffassung so weit erfüllt, daß es unentbehrlich wäre, auf wirtschaftspolitischem Gebiet ein Reservat zu schaffen. Befiehlt man den nationalen Einheitsstaat, dann muß man ihn restlos bejahen. Die Bahn muß frei sein zur vollen Entwicklung der Kräfte, die sich die totale Macht errungen haben und die nach dem Willen des Volkes berufen sind, ihren ganzen nationalen Impuls zum Besten des Staates und Volkes einzusetzen.

Man würde der Forderung der Stunde nicht gerecht werden, wenn man heute, nachdem dieser Schritt getan worden ist, und zwar nach reiflicher Überlegung, den eigen-

lichen Gründen und dem letzten Anstoß nachgehen wollte. Auf dem Wege zum nationalen Staat darf man sich mit rückschauenden Überlegungen nicht aufhalten. Das Rad der Zeit geht vorwärts. Der Ausbruch des neuen Deutschland ist auf breiter Front erfolgt. Jetzt verlangt Staat und Volk den einheitlichen starken Willen zu neuer deutscher Zukunft.

## Hitler bei den Verlegern

Appell zur Mitarbeit.

Berlin, 29. Juni.

Der neue Gesamtverband des Vereins Deutscher Zeitungsverleger trat am Mittwoch zu seiner ersten Sitzung zusammen, zu der Reichskanzler Adolf Hitler erschien. Der Reichskanzler wurde vom Vorsitzenden des Vereins, Generaldirektor Stadtrat Max Amann, M. d. R., München, und den übrigen Herren des Präsidiums empfangen; es folgte die persönliche Vorstellung der Mitglieder des Gesamtverbandes.

Reichskanzler Hitler führte in seiner Ansprache u. a. aus, daß wir uns mitten im Stadium der Vereinigung der Verhältnisse befinden, die den früheren Zustand der Bewirtung und Verirrung geschaffen haben. Da er glaube, daß auf die Dauer die Presse nicht existieren könne, wenn nicht ganz klar eine Entscheidung über die Richtung hervortrete, die nun endgültig als Sieger in Deutschland anzusehen sei, und die deutsche Zukunft bestimmen werde, begrüße er es, daß die deutsche Verlegerchaft sich von sich aus bereits mit diesen Tatsachen abgefunden habe und gewillt sei, auf diesen Boden zu treten.

Je schneller dieser Uebergangszustand beseitigt werde, um so schneller und sicherer werde die deutsche Wirtschaft und damit das notleidende Zeitungsgewerbe wieder in Ordnung kommen.

Es sei nicht beabsichtigt etwa nur Staatszeitungen in Deutschland herauszubringen, was seinen sonstigen wirtschaftlichen Auffassungen widersprechen werde, aber man müsse selbstverständlich jeden einzelnen die Pflicht auferlegen, daß er im Sinne der großen weltanschaulichen Linie mitarbeite.

Es sei selbstverständlich, daß auf die Dauer gesehen, die Zeitungen als wirtschaftliche Unternehmen genau so eine gesunde wirtschaftliche Grundlage brauchen wie jedes andere Unternehmen auch, daß aber eine gesunde Wirtschaft nur dann entstehen könne, wenn endlich die politischen Streitigkeiten entschieden seien. Die Würfel seien nun gefallen, und er danke den Zeitungsverlegern, daß sie selbst bereit seien, diese Entscheidung anzuerkennen. Je mehr sich das ganze Deutschland hinter diese Entscheidung stelle, um so schneller werde das feste Fundament geschaffen, auf dem man die Wirtschaft wieder aufrichten könne.

Der Kanzler richtete zum Schluß den Appell an die Zeitungsverleger, sich hundertprozentig hinter die in Deutschland gefundene Lösung zu stellen, die für Deutschlands Zukunft die zuträglichste und die nicht mehr zu ändern sei, da das Schicksal die Entscheidung schon getroffen habe. Es werde im Laufe der Zeit, wie immer im Wirtschaftsleben auch im Zeitungswesen das eine oder andere zugrunde gehen, aber insgesamt doch ein gewisser Stand deutscher Verleger übrigbleiben, der dann gesund sein werde und auch in die Zukunft hineinzuwachsen vermöge.

Er lege Wert darauf, daß die private Initiative unbedingt erhalten bleibe als Voraussetzung für die Entwicklung der großen wirtschaftlichen Möglichkeiten, die in Deutschland an sich gegeben seien. Aus dieser eigenen Einstellung könne man ersehen, daß unser Kampf nicht gegen den Unternehmer als verantwortlichen Träger des Unternehmens gerichtet sei, sondern nur gegen eine Presse, die ihre Aufgabe der Nation gegenüber nicht erkannt habe und sie nicht erfüllen wollte; nur dagegen!

Die Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet seien bisher nicht vergeblich gewesen. 1,7 Millionen Menschen seien bisher wieder in die Betriebe zurückgeführt, was mindestens 700 000 über die normale sommerliche Aufwärtsentwicklung hinaus. Der Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit beginne erst jetzt und werde mit immer größerer Energie geführt. Er sei überzeugt, daß dieses Problem ab sofort gemeistert und gelöst werde. Zuvor müsse allerdings das politische Problem endgültig gelöst werden, was jetzt zur Diskussion stehe: Überwindung des Parteienstaates der Vergangenheit.

Im übrigen glaube er, daß die Probleme, die Deutschland zur Zeit beschäftigten, allen anderen Regierungen der Welt auch gestellt seien, die diese Probleme letzten Endes auch nur dann lösen würden, wenn ihnen dieselbe Autorität zur Verfügung stehe, die wir zur Zeit in Deutschland uns zu schaffen bemühten. Er persönlich sei der Überzeugung, daß vieles von dem, was die übrige Welt heute an uns kritisiere, schon in wenigen Jahren von ihr übernommen werden würde.

## Dr. Goebbels in Stuttgart

Stuttgart, 29. Juni.

Reichsminister Dr. Goebbels ist gestern mittag auf dem Flugplatz in Böblingen gelandet, wo er von Reichsstatthalter Murr, Ministerpräsident Mergenthaler und führenden Persönlichkeiten der NSDAP, Württembergs empfangen wurde. Bei der anschließenden Fahrt nach Stuttgart wurde der Reichsminister von der Bevölkerung begeistert begrüßt.

## Die Neugestaltung des Zeitungswesens

Aus der Rede, die Verlagsdirektor Amann in der ersten Sitzung des neugewählten Vorstandes des Vereins Deutscher Zeitungsverleger hielt, ist noch hervorzuheben: Die Doppelstellung des Zeitungsverlegers als Unternehmen

und als Führer der Zeitung schließe aus, daß er im Rahmen des neuen berufsständischen Aufbaues nur in die Kategorie der rein wirtschaftlichen Unternehmen eingeordnet wird. Deshalb sei die Frage zu prüfen, ob vom Verein Deutscher Zeitungsverleger die Bildung eines Reichsstandes der Presse anzuregen sei, der alle Berufsangehörigen von Pressebetrieben umfaßt. Diese Frage werde in der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse zu erörtern sein, denn sie biete eine gewisse Grundlage für die Bildung dieses Reichsstandes.

Wirtschaftlich werde es notwendig sein, durch Vereinigung des Anzeigengeschäftes und durch Schaffung solider geschäftlicher Grundlagen in diesem Geschäftszweig den Verlagen die Voraussetzung für die Festigung ihrer wirtschaftlichen Basis zu geben. Schließlich beabsichtige der Verein Deutscher Zeitungsverleger die Errichtung einer Kreditüberwachungsstelle.

## Zur Aktion gegen die NSDAP

Die Liste der festgenommenen Abgeordneten.

Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht die Liste der am 26. Juni von der bayerischen politischen Polizei festgenommenen Reichs- und Landtagsabgeordneten der Bayerischen Volkspartei: Es handelt sich um folgende Personen: 1. Bichler, Landwirt und Bürgermeister in Bagen. 2. Breitenbach-München, 3. Citriner, Landwirt in Bagen, 4. Eminger, Reichsminister a. D., München, 5. Funke, Staatssekretär a. D., München, 6. Heinrich Held, Ingenieur, München, 7. Helmreich-München, 8. Baron Hirsch von Blaneegg, 9. Dr. Horlacher, München, 10. Dr. Hundhammer-München, 11. Vadenburger, Schreinermeister, Ingolstadt, 12. Ritter von Ler-München, 13. Dr. Pfeiffer, Generalsekretär, München, 14. Dr. Probst, Regierungsrat, München, 15. Schaefer, Staatsrat a. D., München, 16. Dr. Scharnagl, Domdekan, München, 17. Schwarzer, Verbandsvorsitzender, München, 18. Stimmer, Landwirt, 19. Wiedemann, Bad Tölz, 20. Wagner, Bezirksoberamtmann, Bad Aibling, 21. Fürst Karl von Brede, Gutsbesitzer, Ellingen.

## Die Grundverbände der Arbeitsfront

Berlin, 29. Juni.

Das Presseamt der Deutschen Arbeitsfront teilt mit: Nunmehr hat das Organisationsamt der Deutschen Arbeitsfront unter seinem Leiter Muchow die Verschmelzung der einzelnen Verbände des Gesamtverbandes der Arbeiter in die sachlich neugegliederten 14 Grundverbände abgeschlossen. Diese Verbände heißen jetzt: Deutscher Arbeiterverband des Baugewerbes, Deutscher Arbeiterverband des Bergbaues, Deutscher Arbeiterverband des graphischen Gewerbes, Deutscher Arbeiterverband der öffentlichen Betriebe, Deutscher Arbeiterverband des Nahrungsmittelgewerbes, Deutscher Metallarbeiterverband, Deutscher Fabrikarbeiterverband, Deutscher Holzarbeiterverband, Deutscher Textilarbeiterverband, Deutscher Tabakarbeiterverband, Deutscher Steinarbeiterverband, Deutscher Lederarbeiterverband, Deutscher Landarbeiterverband, Deutscher Heimarbeiter- und Arbeiterinnenverband. Damit ist der Grundstock zur Uebernahme der anderen kleinen und kleinsten Verbände geschaffen worden.

## NSDAP und Konsumvereine

Nach einer Bekanntmachung des stellvertretenden Führers der NSDAP, Rudolf Heß, hält die Partei im Hinblick auf die allgemeine Wirtschaftslage bis auf weiteres ein aktives Vorgehen mit dem Ziele, den Zusammenbruch der Konsumvereine herbeizuführen, für nicht geboten. Den Mitgliedern der NSDAP wird aber unterjagt, für die Konsumvereine zu werden.

## Sammlung der deutschen Jugend

Berlin, 29. Juni.

Folgende Jugendverbände haben sich aufgelöst und Anweisung gegeben, ihre Mitglieder in die Hitlerjugend bzw. in den Bund Deutscher Mädel zu überführen: Nerother-Bund, Waldpfadfinder, Jugendgruppen der deutschen Falkenschaft, Wandervogel Deutscher Bund, autonomes deutsches koloniales Jugendkorps, Bund deutscher Pfadfinderinnen e. V., Kyffhäuser-Jugend.

## Deutsches Lebensrecht auf Arbeit

Staatssekretär über den Arbeitsdienst.

Berlin, 29. Juni.

Das Ausführungs- und Presseamt beim Staatssekretär für den Arbeitsdienst hatte eine Reihe von Pressevertretern zu einer Besichtigung märkischer Arbeitslager geladen, an der auch der Staatssekretär für den Arbeitsdienst, Oberst a. D. Hiert, teilnahm. Dieser führte bei der Gelegenheit u. a. aus:

Wie jeder einzelne Mensch und jedes Volk, so hat auch das deutsche Volk ein Lebensrecht auf Arbeit. Und es hat ein Recht, in freier Selbstbestimmung die Arbeitsbeschaffung nach seinen Möglichkeiten und Bedürfnissen zu regeln. Niemals werden wir auf dieses Recht verzichten. In unseren deutschen Verhältnissen ist der Arbeitsdienst eine Notwendigkeit. Der Arbeitsdienst ist ein Wert des inneren und äußeren Friedens, eine Kulturtat ersten Ranges, er ist der Ausdruck des Geistes einer neuen geschichtlichen Zeitepoche.

## Die evangelischen Arbeitervereine

im neuen Staat.

Der kirchliche Bevollmächtigte für die evangelische Arbeiterbewegung und der Bevollmächtigte der Deutschen Arbeitsfront für die Evangelischen Arbeitnehmerverbände usw. erlassen eine öffentliche Mitteilung, in der es heißt, daß die nationalsozialistische Revolution die freien Verbände des geistigen und religiösen Lebens in die Einheit der neuen Volksgemeinschaft und der neu zu bauenden deutschen evangelischen Kirche einfüge. Die evangelische Arbeitervereinsbewegung, die im Reichsverbande evangelischer Arbeitnehmerverbände zusammengeschlossenen Arbeitervereine, die evangelischen Arbeiterinnenvereine und Gesellenvereine hätten hieran Anteil. Die Mitglieder der einzelnen Gliederungen schlossen sich selbstverständlich der zu ihrem Berufsstand gehörenden Gruppe der Deutschen Arbeitsfront an. Die Landesverbände bzw. Ortsgruppen blieben vorläufig bestehen. Sie trieben ihre gesinnungsbildende Arbeit weiter unter Unterstützung der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“.

## Beschäftigung von Ausländern

Neue Bestimmungen über Beschäftigungsscheine.

In einer amtlichen Mitteilung über die Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern heißt es u. a.:

„Die Bestimmungen, die zum Schutze des deutschen Arbeitsmarktes für die Beschäftigung ausländischer Arbeiter erlassen sind, finden vom 1. Juli ds. Js. ab auch auf die ausländischen Angestellten Anwendung.“

Arbeitgeber dürfen ausländische Arbeiter und Angestellte nur noch beschäftigen, wenn der ausländische Arbeitnehmer entweder einen Befreiungsschein besitzt oder der Arbeitgeber eine Beschäftigungsgenehmigung und der Arbeitnehmer eine Arbeitserlaubnis erhalten. Bestimmte Ausnahmen sind zugelassen. Besonders sind zwei Punkte zu merken:

1. Der Arbeitgeber hat in der Zeit vom 1. bis 15. Juli ds. Js. bei dem Arbeitsamt, in dessen Bezirk die Arbeitsstelle liegt, einen Antrag auf Erteilung der Beschäftigungsgenehmigung zu stellen. Der Antragsvordruck ist beim Arbeitsamt erhältlich.

2. Der ausländische Arbeitnehmer oder sein Arbeitgeber hat bei der Ortspolizeibehörde, in deren Bezirk die Arbeitsstelle des ausländischen Arbeitnehmers liegt, einen Antrag auf Erteilung der Arbeitserlaubnis zu stellen. Der Antragsvordruck ist gleichfalls beim Arbeitsamt erhältlich. Falls Zweifel bestehen, ob ausländische Arbeitnehmer, die bisher noch keinen Befreiungsschein besaßen, einen solchen erhalten können, ist bei dem zuständigen Arbeitsamt (am zweckmäßigsten persönlich) anzufragen.

Bis zur Entscheidung über die Anträge behalten die bisherigen Befreiungsscheine ihre Gültigkeit.

Ausländische Angestellte, die bisher einen Befreiungsschein oder eine Beschäftigungsgenehmigung und Arbeitserlaubnis nicht benötigten, dürfen bis zur Entscheidung über ihren Antrag weiter beschäftigt werden.

Arbeitgeber und ausländische Arbeitnehmer, die gegen die zum Schutze des Arbeitsmarktes geltenden Bestimmungen verstößen, machen sich strafbar.

Zur Vermeidung von Irrtümern in der Öffentlichkeit wird darauf hingewiesen, daß es sich bei den zur Zeit noch in Deutschland befindlichen ausländischen Arbeitern und Angestellten fast ausschließlich um solche Ausländer handelt, die schon seit Jahren, zum Teil schon seit Jahrzehnten in Deutschland anständig sind — meist deutschstämmige — oder um solche ausländische Arbeitnehmer, in deren Heimatstaaten in erheblicher Anzahl deutsche Arbeiter und Angestellte beschäftigt werden oder mit deren Heimatstaat Gegenseitigkeit vereinbart worden ist.“

## Weitere Kommunistenverhaftungen

Recklinghausen, 29. Juni.

In Ahlen bei Recklinghausen wurden 86 Kommunisten festgenommen, die bis in die letzte Zeit hinein Unterricht in der Handhabung von Schusswaffen erteilt und an militärischen Geländebungen teilgenommen hatten. Von den 86 festgenommenen Kommunisten sind 50 des verdächtigen Hochverrats überführt. Außerdem wurden zahlreiche Waffen und Munition beschlagnahmt. — In Gelsenkirchen wurden 5 Kommunisten wegen Vorbereitung zum Hochverrat festgenommen sowie eine große Menge hochverräterischer Schriftenmaterials beschlagnahmt.

## Kommunistische Geheimdruckerei in Lübeck

Von Angehörigen der Lübecker SPD. wurden in letzter Zeit wiederholt Schriften hochverräterischen Inhalts hergestellt und verteilt. Die Nachforschungen der Politischen Polizei ergaben, daß die Hochverräter auf einem Acker in der Nähe der Stadt eine Druckerei eingerichtet hatten. Man fand in einem Unterstand eine Schreibmaschine, Papier, Wachs, eine Papier Schneidemaschine sowie anderes Material vor.

## Augenzeugenberichte über die roten Flieger

Bei den amtlichen Stellen liegen nunmehr eingehende Berichte zahlreicher Augenzeugen über den am Freitag über Berlin erfolgten Abwurf von Flugblättern heftigen Inhalts vor. Hiernach hat es sich um zwei Doppeldecker gehandelt, deren Bauart in Deutschland unbekannt ist. Besondere Merkmale, die auf die Nationalität der Flugzeuge hindeuten könnten, waren bei dem Flug über Berlin selbst nicht zu erkennen. Bei dem in der fraglichen Zeit über der Reichshauptstadt herrschenden Wetter konnten die Flugzeuge immer nur ganz kurz zwischen den Wolken beobachtet werden. Dagegen sind von verschiedenen anderen Plätzen des Reichs nähere Angaben über die Abzeichen von zwei auffälligen Flugzeugen eingelaufen. Es wird zur Zeit nachgeprüft, ob ein Zusammenhang zwischen diesen beiden Flugzeugen und den über Berlin beobachteten besteht.

## Neubildung der Kirchenvertretungen in Preußen

Ernennung der neuen Mitglieder durch die Bevollmächtigten des Staatskommissars.

Berlin, 29. Juni.

Der Staatskommissar für die Evangelische Kirche in Preußen hat für die unverzügliche Neubildung der aufgelösten gewählten kirchlichen Vertretungen folgendes verordnet:

„Die kirchlichen Vertretungen werden wieder hergestellt durch Ernennung von Mitgliedern. Die Ernennung erfolgt durch meine Bevollmächtigten. Der Bevollmächtigte legt Vorschlagslisten zugrunde, die ihm von den durch ihn bestimmten Stellen eingereicht werden. (In Ermangelung ausreichender Vorschlagslisten trifft mein Bevollmächtigter die erforderlichen Bestimmungen nach Maßgabe der durch ihn zu ermittelnden und auf Grund dieses Prüfungsergebnisses festgestellten Entwürfe des kirchlichen Lebens.) Entgegenstehende Bestimmungen der Verfassungen der evangelischen Landeskirchen in Preußen sind bis auf weiteres außer Kraft gesetzt; meine Bevollmächtigten sind beauftragt, zur Durchführung der Neubildung Ausführungs-vorschriften zu erlassen.“

Auf seinen Antrag und im Einvernehmen mit dem Herrn Bevollmächtigten des Herrn Reichskanzlers, Wehrkreispräsident

Wüller, gewähre ich dem kommissarischen geistlichen Vizepräsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates, Pfarrer Hoffenfelder, bis auf weiteres Urlaub mit der Anweisung, sich dem Herrn Bevollmächtigten des Herrn Reichskanzlers zur Durchführung der volksmissionarischen Aufgabe zur Verfügung zu stellen.

Ich beauftrage mit sofortiger Wirkung den General-Superintendenten der Mark Brandenburg, D. Karow.“

## Berfassungsänderung gegen NSDAP

Pläne des Kabinetts Dollfuß.

Bukarest, 29. Juni.

Das Blatt „Adeverul“ veröffentlicht ein Interview seines Wiener Vertreters mit dem österreichischen Bundeskanzler Dollfuß. Der Kanzler kündigte weitere schärfere Maßnahmen gegen die Nationalsozialisten an, ferner eine Revision der österreichischen Verfassung, weil das derzeitige Parlament seiner Aufgabe nicht gewachsen sei und die Regierung infolgedessen Maßnahmen hätte ergreifen müssen, die den äußeren Anschein der Diktatur trügen, ohne daß aber ein Diktaturregime geplant sei. Dieser Fehler der Verfassung würde ausgemerzt werden, um der Nation eine ihren wirklichen Bedürfnissen entsprechende Volksvertretung zu geben.

## Aus dem Heimatklub ausgetreten

Der Landesführer des Salzburger Heimatklubs, der frühere Justizminister Dr. Huebe, erklärt an seine Heimatklubkameraden einen Austritt, in dem er seinen Austritt aus dem Verband des Oesterreichischen Heimatklubs mitteilt und in der Begründung dieses Schrittes u. a. sagt:

Bis in die jüngste Zeit war es eine selbstverständliche Grundlage unserer Bewegung, die engste Verbindung mit dem deutschen Gesamtvolk.

Die von der Regierung Dollfuß und vom derzeitigen Heimatklubführer unterstützte Politik muß aber nicht nur zu einer dauernden Entfremdung zwischen Deutschland und Oesterreich führen, sondern bedroht den deutschen Charakter unseres Volkes. Eine solche Politik kann ich für meine Person nicht mehr mitmachen, besonders dann nicht, wenn die Stützung und Finanzierung dieser Politik (Lausanne-Anleihe) durch das nichtdeutsche Ausland erfolgt.

## Von gestern bis heute

Straj Bernstorff nach Berlin berufen.

Der Botschaftsrat in London Graf Albrecht Bernstorff, der für den seinerzeit in die Regierung berufenen Freijerrn von Neurath längere Zeit als Vertreter Deutschlands die Geschäfte führte, bis Herr von Hoejch in London eintraf, ist in das Auswärtige Amt nach Berlin berufen und wird London dieser Tage verlassen. „Times“ schreiben zu seinem Abschied: „Er hat das Vertrauen und die Achtung britischer und ausländischer Diplomaten sich zu erwerben gewußt. Er hat mehr als irgendeine andere deutsche offizielle Persönlichkeit dazu getan, daß die englisch-deutschen Beziehungen sich ständig verbesserten, und sein Abgang wird sicherlich außerordentlich bedauert werden.“

Henderjon kommt nach Berlin?

Verschiedene Blätter berichten, Henderjon habe die Absicht, bis zum Oktober mehrere europäische Hauptstädte zu besuchen, um in privaten Unterhandlungen womöglich eine Einigung zustande zu bringen. Er werde zunächst nach Berlin und Paris gehen, hierauf nach Rom und zuletzt nach London.

Kürzung der freiwilligen Zuschüsse Bayerns an die Kirche.

Der bayerische Ministerpräsident Siebert erörterte mit dem Erzbischof von Bamberg die Kürzung der freiwilligen Zuschüsse des Staates an die katholische Kirche. Im vollen Einvernehmen wurde, da auch kirchlicherseits die finanzielle Notlage des Staates anerkannt wurde, eine Einigung darüber erzielt, daß die freiwilligen Zuschüsse des Staates im laufenden Haushaltsjahr auf 2,2 Millionen RM bemessen werden. Zugänglich der Kürzungen der staatlichen Leistungen an die protestantischen Kirchen wird damit die Haushaltslage des Staates um etwa 3¼ Millionen RM verbessert.

Kommissar für Pommerischen Landbund?

In der Vorstandssitzung des Pommerischen Landbundes erklärte das Vorstandsmitglied Schönbeck, daß er im Auftrag des Ersten Vorsitzenden den Vorstand in der heutigen Zusammenkunft für nicht mehr zu Recht bestehend anerkennen könne. Als Herr von Rohr dieser Auffassung widersprach, verließen die Vertreter der nationalsozialistischen Landbündler die Sitzung, die damit beschlußfähig wurde. An den preussischen Innenminister wurde das Ersuchen gerichtet, im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung einen Kommissar zur Gleichschaltung des Pommerischen Landbundes einzusetzen.

Ein Reichsarbeitsrichter festgenommen.

Die für Mittwoch anberaumte Sitzung des Reichsarbeitsgerichts mußte ausfallen, da, wie bekanntgegeben wurde, ein Beisitzer von Arbeitnehmerseite, der Reichsarbeitsrichter Jansche-Berlin, kurz zuvor festgenommen worden war.

Wohnenrunde in Kuppeln.

An der Mauer des Gebäudes der Bezirkshauptmannschaft Kuppeln wurden sechs Bomben vorgefunden, und zwar fünf kleinere und eine größere. Die Bomben wurden durch einen Artillerie-Sachverständigen vernichtet. An der Fundstelle lag auch eine Mauerpistole.

Besuch des Danziger Senatspräsidenten in Warschau.

Im Einvernehmen zwischen der polnischen Regierung und dem Senat der Freien Stadt Danzig ist ein vom Senatspräsidenten Kaufmann und dem stellvertretenden Präsidenten Greiser gewünschter offizieller Besuch in Warschau auf den 5. Juli festgesetzt worden. Es ist in Aussicht genommen, gelegentlich dieses Besuches sich über die Möglichkeit der Aufnahme direkter Verhandlungen bei bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu verständigen.

Reinland verläßt den Goldstandard.

Das Parlament hat die Beseitigung der Währung vom Golde beschlossen. Der Beschluß wird sofort durchgeführt werden, wobei eine Angleichung des Kurzes an den Kurs der schwedischen Krone vorgesehen ist. Der Abgang vom Goldstandard erfolgte zum Zwecke einer Belebung des Ausfuhrhandels.

## Kleiner Weltspiegel

Der Intendant der Norddeutschen Rundfunk G. m. b. H. Hans Bodenstedt ist auf eigenen Wunsch von seinen Geschäften entbunden worden.

Die österreichischen Minister Buresch und Schump erklären bei ihrer Ankunft in London, daß sie gekommen seien, um die Handelsbeziehungen zwischen England und Oesterreich zu stärken.

Reuter glaubt zu wissen, daß Vertreter der Banken von England und Frankreich in einer geheimen Sitzung die geldliche Lage Europas insbesondere hinsichtlich der jüngsten Bewegungen der Spekulation besprochen hätten.

Die Polizei in Fünfkirchen (Ungarn) hat eine großartige kommunistische Organisation aufgedeckt, die insbesondere unter den Bergwerksarbeitern dieser Gegend bestand. An der Spitze der Bewegung standen ein Arzt und ein Hörer der medizinischen Fakultät, die beide der Staatsanwaltschaft eingeliefert wurden.

## Gerichtssaal

### Sühne für Totschlag am Ehemann der Geliebten

Das Leipziger Schwurgericht verurteilte den 23jährigen Gelegenheitsarbeiter Kurt Krämer aus Leipzig wegen Totschlags zu zwölf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenrechtsverlust. Der Staatsanwalt hatte Mord als vorliegend angesehen und die Todesstrafe beantragt. — Krämer war am 17. November vorigen Jahres gegen 22 Uhr nach Erreichen eines Schuppendaches und Öffnen eines Fensters in die im Grundstück Holzäcker Straße 45 gelegene Wohnung des Stereotypensetzers Alfred Reichardt eingestiegen und hatte nach einer scharfen Auseinandersetzung mit einem dreieinhalb Meter langen Strick Reichardt erdrosselt. Der Mörder, der zur Ehefrau Reichardts in Beziehungen stand, will die Tat deshalb begangen haben, um Frau Reichardt von der angeblich schlechten Behandlung durch ihren Ehemann zu erlösen. Der Täter zeigte während der Verhandlung keine Spur von Reue oder irgendwelcher seelischen Anteilnahme.

Generallandschaftsdirektor von Hippel vor Gericht. Vor der Strafkammer für Korruptions- und Sabotagefälle in Königsberg (Ostpr.) begann am Mittwoch die Hauptverhandlung gegen den Generallandschaftsdirektor Dr. von Hippel. Zur Verhandlung gelangt zunächst der Fall Wischka, der auf den Sohn des Generallandschaftsdirektors Gerd von Hippel ausgeht. Den Angeklagten wird Betrug und das Bieten bei Zwangsversteigerungen zur Last gelegt. Weiter wird dem Angeklagten Hippel Betrug zum Nachteil des Reichsfiskus zur Last gelegt. Er soll sich im Jahre 1928 unter falschen Vorstellungen einen Pfandbriefkredit in Höhe von 149 000 RM für seine Güter Groß- und Klein-Kuglaß aus der Osthilfe verschafft haben.

Kommunisten wegen Hochverrats verurteilt. Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte das Reichsgericht sechs jugendliche Kommunisten aus Lüneburg wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu Gefängnisstrafen von ein bis zwei Jahren. Die Verurteilten hatten in planmäßigem Zusammenarbeiten das kommunistische Organ „Die Reichswehr“ an Soldaten des in Lüneburg stationierten Reiter-Regiments 13 zum Zwecke der Zerlegung und mit dem Ziele der Bildung kommunistischer Zellen verteilt.

Mädchenmörder zum Tode verurteilt. Das Schwur-

gericht Schwerin (Mecklenburg) verurteilte den 30 Jahre alten Knecht Birkel wegen Mordes zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. Birkel hatte am 20. Juni 1932 die 15 Jahre alte Bühnenstochter Helga Müller mit einem Beil und einer schweren Feile erschlagen.

Zwei Todesurteile in Neuruppin. Das Schwurgericht Neuruppin verurteilte die Ehefrau Schent aus Grüneberg wegen Anstiftung zum Mord und den Knecht Kührt wegen Mordes dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend zum Tode. Kührt hatte am 21. Dezember vorigen Jahres den Landwirt Schent auf Verlangen der Frau Schent auf seinem Grundstück niedergeschossen.

Hinrichtung eines Vatermörders. Der Besitzersohn Walter Buchholz aus Gindenberg, Kreis Osterode (Ostpr.), der seinen Vater ermordet hatte, ist Mittwoch früh durch den Breslauer Scharfrichter hingerichtet worden.

## Mond und Wetterbildung

Es ist ein alter Volksglaube, daß der Mond einen starken Einfluß auf die Wetterbildung ausübe. Der japanische Meteorologe Fujiwara hat nun systematisch 19 Jahre lang Beobachtungen angestellt, um die Frage beantworten zu können, ob der Mond einen Einfluß auf die Erdatmosphäre, von der wieder zum großen Teil die Wetterbildung abhängt, ausübt. Wenn man die Gezeiten des Meeres durch den Einfluß des Mondes verursacht oder wenigstens mitverursacht denkt, so wäre es an sich naheliegend, auch eine Einwirkung des Mondes auf die viel beweglicheren Luftmassen unseres Planeten anzunehmen. Fujiwaras vergleichende Beobachtungen haben erwiesen, daß es einen solchen Einfluß tatsächlich gibt. Er entspricht zwar nur einem Einfluß von 2 Millimeter der Quecksilberhöhe, doch genügt dieser Einfluß, um in den Uebergangszeiten atmosphärische Veränderungen herbeizuführen. Der Einfluß des Mondes auf die Atmosphäre tritt zu den bereits bekannten Faktoren: Sonnentätigkeit usw. hinzu.



### Neuer Stratosphärenflug.

Professor Piccard trifft in Midland im amerikanischen Staat Michigan seine Vorbereitungen für einen neuen Stratosphärenflug. Die Leitung des Fluges übernimmt diesmal Jean Piccard (rechts), der Bruder des Professors. Der italienische Dichter Gabriele d'Annunzio (links) will mit in die Stratosphäre fliegen und einen Fallschirmabsprung aus größter Höhe durchführen.

## Landesynode aufgelöst

### Neuwahl im August, Bischofswahl Anfang September

Auf Antrag des Landeskonfistoriums hat der Landeskirchenausschuß einstimmig beschlossen, zwecks baldiger Wiederbeziehung des Amtes eines Landesbischofs für Sachsen die Landesynode sofort aufzulösen. Weiter ist unter Zustimmung des ständigen Synodalausschusses beschlossen worden, daß die Wahlzeit aller Mitglieder der kirchlichen Gemeindevertretungen am 6. August 1933 abläuft, daß noch vor diesem Tag die Neuwahlen vorzunehmen sind und daß die neuen Kirchengemeindevertreter am 6. August in ihr Amt eingeweiht werden. Die Neuwahl der Landesynode soll im August und der Zusammentritt der Synode zur Wahl des Landesbischofs Anfang September erfolgen.

### Bischof Koch als Kandidat

In der Annaberger Festhalle fand eine große evangelische Kundgebung statt, in der Pfarrer Koch-Dresden über die Frage der Führung der neuen Reichskirche sprach. Der Redner forderte die Einführung einer „Evangelischen Kirche deutscher Nation“ unter Führung von Wehrkreispfarrer Ludwig Müller. Anschließend sprach Pfarrer Müller-Dresden über die kirchenpolitische Lage in Sachsen und schlug unter großem Beifall der Versammlung Pfarrer Koch zum neuen sächsischen Landesbischof vor. Der Redner forderte, daß das Evangel. Landeskonfistorium Pfarrer Koch in einer Notverordnung zum kommissarischen Landesbischof ernennen soll. Diese Forderung wurde in einer Entschließung niedergelegt und dem Landeskonfistorium telegraphisch übermittelt.

## Führerwechsel bei der Landespolizei

### von Detten übernimmt den Ausbau der SA

Auf Wunsch des Obersten SA-Führers Adolf Hitler ist Oberpräsident von Detten von dem Oberbefehl über die gesamte sächsische Polizei entbunden worden, um seine Arbeitskraft voll und ganz für die Führung und Umorganisation der sächsischen SA-Gliederungen freizumachen.

Die Leitung der I. Abteilung des Ministeriums des Innern einschließlich der Geschäfte des bisherigen Oberpräsidenten von Detten ist dem Reichshauptmann Dr. von Burgsdorf kommissarisch übertragen worden.

Ministerpräsident von Killinger erläßt folgende Kundgebung:

„Die nationalsozialistische Revolution hat der SA einen ungeheuren Auftrieb gegeben, sowohl was das zahlenmäßige Anwachsen als auch ihr Aufgabengebiet anbelangt. Ich erwähne nur die Uebernahme des Jungstahlhelms, das Eingliedern der „Schwarzen Brigade“, das Einfügen der aufgelösten Jugendverbände in die Hitler-Jugend, die Umorganisation der auf 65 000 Mann angewachsenen sächsischen SA-Gliederungen, ihre Ausbildung, Neueinrichtung von Führerschulen und anderes mehr. Das bedingt eine Arbeit, die nur von einem alten, bewährten und kampferprobten SA-Führer geleistet werden kann.“

Es ist daher Wunsch unseres Obersten SA-Führers Adolf Hitler, daß Oberpräsident von Detten von dem Oberbefehl über die gesamte sächsische Polizei entbunden wird, um seine Arbeitskraft für die Lösung der obengenannten SA-Aufgaben voll und ganz freizumachen.

Ich gebente dabei dankbar der unschätzbaren Dienste, die Gruppenführer von Detten bei der Ueberleitung der Staatsführung in nationalsozialistische Hände geleistet hat.

Als die Geschäftslast für mich in meiner Eigenschaft als Reichskommissar und meinen Stellvertreter einen untragbaren Umfang annahm, hat Gruppenführer von Detten auf meine Bitte hin ohne Zögern und in selbstloser Aufopferung

neben der Leitung seiner SA-Gruppe auch die Leitung der gesamten sächsischen Polizei und zugleich ihre Umorganisation übernommen. Er hat die ihm übertragene Aufgabe, die ihm die nationalsozialistische Revolution stellte, mit Umsicht und Eifer gelöst. Dafür spreche ich ihm meine größte Anerkennung aus. Der Name von Detten ist mit der Durchführung der nationalsozialistischen Revolution untrennbar verbunden.

Die sächsische Staatsregierung ist sich des Verlustes, den sie mit dem Rücktritt des Gruppenführers von Detten vom Amt des Oberpräsidenten erleidet, voll bewußt und verbindet mit seinem Scheiden aus der Staatsführung den aufrichtigen Wunsch, daß seiner unermüdbaren Arbeitskraft die Lösung der ihm neu gestellten Aufgaben ebenso vorbildlich gelingen möge, wie das in seiner kommissarischen Staatsföhrung der Fall war.

Im Namen des Gesamtministeriums  
gez. von Killinger,  
Ministerpräsident.“

### Ein Reichsarbeitsrichter festgenommen

Die für Mittwoch anberaumte Sitzung des Reichsarbeitsgerichtes mußte ausfallen, da, wie bekanntgegeben wurde, ein Besitzer von Arbeitnehmerseite, der Reichsarbeitsrichter Janisch-Berlin, kurz zuvor festgenommen worden war.

### Zurückgenommene Rechtsanwaltszulassung

Auf Grund des Befehles über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft vom 7. April 1933 ist die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft mit Wirkung vom 1. Juli 1933 ab vom Justizministerium zurückgenommen worden bei den Rechtsanwälten: Dr. Leo Lewy in Leipzig, Dr. Rudolf Reumann in Leipzig, mit sofortiger Wirkung bei dem Rechtsanwalt Joseph Walter Gerson in Chemnitz, zur Zeit unbekanntem Aufenthalts.

## Allerlei Neuigkeiten

Schweres Autounglück bei Guntersblum. Auf der Straße zwischen Guntersblum und Dienheim bei Mainz stieß ein Möbeltransportwagen mit einem Personenauto zusammen. Die Ehefrau Brall aus Ludwigshafen wurde getötet, ihr Bruder schwer verletzt.

Das Geheimnis um die spanischen Transozeanflieger. Nach einer mexikanischen Meldung hat sich herausgestellt, daß die amtliche Mitteilung über die Auffindung der Leichen der beiden spanischen transatlantischen Flieger unrichtig ist. Einer der Verbreiter der falschen Gerüchte wurde festgenommen.

Große Ueberschwemmungsschäden in der asiatischen Türkei. Die seit sechs Wochen in der Gegend von Latak und Esti-Schehir niedergehenden Regengüsse haben große Ueberschwemmungen zur Folge gehabt. Etwa 30 türkische Dörfer sollen teilweise bzw. vollständig zerstört, die Ernte vernichtet und das Vieh zu Hunderten weggeschwemmt worden sein.

### Schwere Explosion auf einem Schlepddampfer

Glogau, 29. Juni. Auf dem Ober-Schlepddampfer „Annemarie“ explodierte in der Nähe von Glogau der Kessel und zersplitterte in zahlreiche Teile. Der Maschinist, der Heizer und die Frau des Kapitäns wurden schwer verletzt. Die Frauen des Maschinisten und des Heizers stiegen durch den Luftdruck über Bord. Sie wurden jedoch von der Besatzung der geschleppten Rähne gerettet. Die Schwerverletzten wurden sofort mit Autos in das Glogauer Krankenhaus geschafft. Der Maschinist ist dort gestorben. Das Befinden des Heizers und der Frau des Kapitäns ist außerordentlich ernst.

## Sächsische Nachrichten

Königsbrück. Tod durch eine Blahpactone. Auf dem Truppenübungsplatz wurde ein Rekrut der Kraftfahrabteilung IV durch einen Blahpatronenschuß so schwer verletzt, daß er kurz darauf starb.

Bautzen. Mieterfahrt ins Blaue. Einen nicht alltäglichen Einfall hatte der Hausbesitzer Scheiffe in der Schäferstraße 20, der anlässlich seines 25jährigen Hauswirtsjubiläums sämtliche Mieter mit ihren Angehörigen zu einer Autofahrt ins Blaue, die sich über einen ganzen Tag erstreckte, einlud. Auf Umwegen führte die Fahrt im Autobus von Bautzen in die Sächsische Schweiz. Die Mieter hatten keinen Pfennig Ausgaben, denn Scheiffe, der mit seinen Mietern, und wiederum die Mieter mit ihm, sehr zufrieden sein muß, hatte für Beförderung und Unterhaltung während der Fahrt gesorgt.

Freital. Kimpel in Haft. Außer der Verhaftung von sieben ehemaligen sozialdemokratischen Stadtverordneten wurde die Festnahme von weiteren vier führenden Mitgliedern der SPD durchgeführt; darunter befindet sich auch der frühere sozialdemokratische Oberbürgermeister Kimpel.

Mittweida. Politische Heger in Haft. Wegen politischer Hehreden kamen der Händler Haferhorn, der Pferdeshächter Jahn, die Steinarbeiter Reinicke und Junpe sowie der Schieferbedeckter Bromme in Haft.

Plauen. Selbstmord eines Sportlers. Der in Radportkreisen weit über Plauen hinaus bekannte Leiter des Radport-Clubs, Ernst Hauslein, ist freiwillig aus dem Leben geschieden. Die Gründe zum Selbstmord sind nicht bekannt.

Burgstädt. Schmachhafte Diebesbeute. Das Schlachthaus des Fleischermeisters Obendorf in Rühlau wurde nachts von unbekanntem Einbrecher heimlich durchsucht. Sie entwendeten etwa zwei Zentner Wurstwaren, die sie vermutlich mit einem Kraftwagen fortgeschafft.

Glauchau. Große Arbeitspläne. Den Stadtverordneten wurde eine Ratsoorlage über ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm unterbreitet. Es handelt sich dabei um Straßenbau-, Pflasterungs- und Beschleunigungsarbeiten, die einen Kostenaufwand von 703 700 RM verursachen werden. Die Stadtverordneten hatten den Gesamtplan bereits in einer früheren Sitzung genehmigt. Mit den Arbeiten ist bereits begonnen worden.

Zwickau. Unaufgeklärter Tod. Die Sektion der am Erdenbad aus der Mulde geborgenen Leiche des Schlossers Arthur Reinhold aus Niederhauflau hat noch keine Aufklärung über den Tod des jungen Mannes gebracht. Die Angehörigen Reinholds stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ein Verbrechen vorliegen müsse.

Plauen. RPD-Abgeordnete Rohverhaftet. In Bitterfeld ist die ehemalige sächsische kommunistische Landtagsabgeordnete Margarete Groh aufgegriffen und festgenommen worden. Die Abgeordnete hatte sich kurz nach Beginn der nationalen Revolution aus Plauen entfernt und wurde seitdem polizeilich gesucht.

### Ergebnisse der Volkszählung

Wie wir vom Statistischen Amt Dresden erfahren, hat die Volkszählung ergeben, daß am 16. Juni 1933 die ortsanwesende Bevölkerung 642 989 Personen betrug. Davon entfallen 637 427 Personen auf Dresden-Stadt und 552 auf Dresden-Alberstadt. Von den Bewohnern von Dresden-Stadt waren 293 122 männlichen und 344 315 weiblichen Geschlechts.

In Leipzig belief sich die Zahl der ortsanwesenden Personen am 16. Juni auf 702 050, und zwar 331 135 männliche und 370 915 weibliche. Am 16. Juni 1925 betrug die Einwohnerzahl 683 548. Während der letzten acht Jahre ist also eine Zunahme um rund 38 500 zu verzeichnen.

Im Bezirk der Amtshauptmannschaft Grimma, ohne die Städte Grimma und Wurzen, hatte die Volkszählung folgendes Ergebnis: 89 744 Personen, davon 44 866 männliche und 43 732 weibliche. Am 16. Juni 1925 wurden im Bezirk 85 005 Einwohner, und zwar 41 273 männliche und 43 732 weibliche, gezählt.

### Die Leipziger Messe im Winter

#### Ein Zentralsbüro in Belgrad

Der Direktor des Leipziger Messeamts, Paul B o s s, der als Mitglied des Direktoriums des Leipziger Messeamtes seit mehr als zwölf Jahren die gesamte Propaganda für die Leipziger Messe leitet und sich in weiten Kreisen des In-

Ausländer einen Namen gemacht hat, übernimmt demnächst die von ihm selbst vor sechs Jahren gegründete Geschäftsstelle des Leipziger Messeamtes in Belgrad, um sie zu einem wirtschaftlichen Zentralbüro der Leipziger Messe für den gesamten Südosten Europas auszubauen.

Direktor Böh, der auch in seiner neuen Eigenschaft Direktor des Leipziger Messeamtes bleibt, ist mit den Verhältnissen im Südosten unseres Kontinents durch langjähriges Studium und durch mehrere längere Reisen durchaus vertraut. Direktor Böh ist der Ansicht, daß das Problem Südost-Europa wirtschaftlich, politisch und wirtschaftlich hinreichend geklärt ist und daß es zur Zeit eine Hauptaufgabe und eine Pflicht des Leipziger Messeamtes sei, den dortigen, gewaltig vorwärtstrebenden Ländern mit mehr als 70 Millionen Verbrauchern seine ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Möge die große Liebe, mit der Direktor Böh an seine Aufgabe herantritt, im Interesse unserer Nationalwirtschaft von Erfolg begleitet sein.

### Die sächsische Frau im Vierjahresplan

Wenn das große Werk der Rettung unseres Vaterlandes gelingen soll, müssen alle lebendigen Kräfte im Volk kraftvoll und harmonisch zusammenwirken. Der sächsische Frau kommt hierbei eine ausschlaggebende Rolle zu: sie ist die Käuferin aller Artikel des weiblichen Bedarfs und des täglichen Lebens; durch ihre Hand läuft ein großer Teil des Familieneinkommens, fließen Milliarden des Volkseinkommens. Von ihr hängt es nicht zum geringsten Teil ab, ob in den kommenden Monaten die Millionenzahl der Erwerbslosen weiter erheblich unter die Fünfmillionengrenze absinkt, ob neue Hoffnung vor allem in die Herzen der Bewohner des sächsischen Grenzlandes einziehen kann.

Auf dem Gebiet der Mode wird es ihre wichtigste Aufgabe sein, für eine deutsche Mode und, wann und wo es in ihrer Macht liegt, für die Bevorzugung deutscher, und insbesondere sächsischer Erzeugnisse einzutreten. Sie wird deshalb in erster Linie die hochwertigen Erzeugnisse unserer schwer notleidenden sächsischen Industrien berücksichtigen. Die Industrie künstlicher Blumen in Sebnitz und Reusdorf, die Annaberger Posamentenindustrie, die Plauener Spitzen-, Sticker- und Gardinenindustrie, die Laußiger Beinen-, die Chemnitzer Strumpf- und Handschuhindustrie, die erzgebirgische Spielzeug- und Martneufkirchener Musikinstrumentenindustrie u. a. bilden die Erstlingsgrundlage für große Gebiete Sachsens; sie alle müssen von der sächsischen Frau erwartet, daß sie bei allen Einkäufen ihrer gebietet und ihre Erzeugnisse fordert. Nur dann wird es der Regierung gelingen, jene dichtbesiedelten Teile unserer engeren Heimat, die keine oder nur beschränkte andere Lebensmöglichkeiten besitzen, vor der entgültigen Verelendung zu bewahren und einer neuen Blüte zuzuführen.

### Protest gegen Versailles

In sämtlichen Orten des Sachsenlandes wehten am Mittwoch die Fahnen und Flaggen, entweder auf halbhoher Geleht oder mit Trauerflor versehen, zum Protest gegen den Schandvertrag von Versailles, der besonders dem sächsischen Volk durch die riesengroße Arbeitslosigkeit die schwerste Erschütterung und unermeßliche Not brachte. Endlich, nach vierzehn langen, dunklen Jahren können wir, geeint durch den Volkstank der Adolfs-Hitler, in aller Öffentlichkeit vollste Verwahrung gegen die in Versailles uns aufgezwungene und von den Novemberverbrechern unterschriebene Demütigung in allen ihren furchtbaren Auswirkungen Protest einlegen. In der Landeshauptstadt zeigten sämtliche Straßenzüge

spanne neben Fahne, vor allem schwarz-weiß-rote und Hakenkreuzfahnen; die kirchlichen Gebäude hatten die Kirchenflaggen mit Trauerflor gelehrt. Viele Fahnen flatterten nicht, wie üblich, frei im Wind, sondern waren festgezurrert zum Zeichen der Unterdrückung. Besonders eindrucksvoll war das Bild des Adolfs-Hitler-Platzes; zehn lange, völlig schwarze Fahnen wehten von den Flaggenmasten, an denen am Abend die NSD Dresden ihre große Protestkundgebung abhielt.

### November-Nachwehen

Die Unterschlagungen des Bürgermeisters Knoch fast täglich erfährt die Öffentlichkeit neue Korruptionsfälle, die durch die Säuberung in den Verwaltungen der Städte und Gemeinden aufgedeckt werden. Man ist schon gar nicht mehr überrascht, daß selbst die angesehensten Persönlichkeiten früherer Jahre in die übelsten Korruptionsfälle verstrickt sind und heute nicht nur mit Schimpf und Schande ihr Amt verlassen müssen, sondern obendrein auch noch erheblich bestraft werden.

Auch in Sachen hören die Klagen über ungetreue Stadtväter nicht auf. So mußte erst kürzlich der bisherige Bürgermeister Knoch in Penig beurlaubt und schließlich in Schutzhaft genommen werden, da sich an Hand einwandfreier Berichte vereidigter Bücherverrevisoren herausstellte, die Stadt um ganz erhebliche Beträge durch eine merkwürdige Geschäftsverbindung mit einer Waldheimer Baufirma geschädigt zu haben.

Es handelt sich um die Notstandsarbeit zur Verlegung bzw. Ausbaues des Untergrabens in den Tierbach. Es hat sich herausgestellt, daß Knoch die Vergebung des Auftrages in geradezu leichtsinniger Weise vollzogen hatte, indem er u. a. zwar Vereinbarungen über die Haftung bei Schäden durch Hochwasser mit der Firma traf, diese aber nicht in den Akten der Stadt vermerkte, sondern später, als Schäden eintraten, die Stadt immer wieder durch die Zahlung größerer Beträge, die vertragmäßig nicht festgelegt waren, belastete.

Reklamationen über eine Reihe außerordentlicher Arbeiten stellten u. a. auch ihre Vergebung ohne Preiseinholung fest, u. a. wurde auch eine Betonmischung, die nur die Hälfte der Qualität enthielt, beanstandet. Alles in allem dürfte dabei der Betrag von über 60 000 RM zu viel gezahlt worden sein, der u. a. durch die betreffende Baufirma mit einem Uebertenerungszuschlag von über 27 Prozent in Höhe von 48 000 RM berechnet wurde. Nach einem Bericht des Stadtbauamtes wurde außerdem festgestellt, daß der Baufirma über 53 000 RM zu viel gezahlt wurden. Neben weiteren falschen Berechnungen wurde festgestellt, daß die Baufirma zu Unrecht Waren, die der Stadt Penig gehörten, fortgeführt hatte, und daß die Baufirma durch die Nachforderung größerer Beträge, u. a. 20 000 RM, die sie auch erhalten hat, in den Genuß weiterer Vorteile kam.

Das Tollste aber ist das Verhalten des Bürgermeisters Knoch, der im Jahre 1925 vom Arbeits- und Wohlfahrtsministerium im Zusammenhang mit diesem Bau folgende Beträge abgab: am 7. Februar 50 000 RM, davon an die Stadt abgeführt 40 000 RM; am 18. Mai 20 000 RM, davon an die Stadt abgeführt 10 000 RM; am 30. Juni 17 555,46 RM, davon an die Stadt abgeführt nichts. Knoch hat also den Betrag von 37 555,46 RM zwar vom Arbeits- und Wohlfahrtsministerium empfangen, aber nicht weitergeleitet. Irigendwelche Belege über die Verwendung dieser Summe haben sich trotz der sorgfältigen Prüfung nirgends finden lassen. Dagegen befand sich in den sichergestellten Akten der Baufirma in Waldheim ein Schreiben Knochs, in dem er um Bestätigung des Erhalts dieses Betrages als

letzten Arbeitsstellen für den vorgenommenen Turbineneinbau verlangte. Da sich die Baufirma jedoch entschieden wehrt, diesen Betrag niemals erhalten zu haben und der Eingang dieser Summe auch in ihren Büchern nicht vermerkt ist, bleibt die Feststellung, daß sie der Bürgermeister Knoch in Penig glatt veruntreut hat.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß derartige Erscheinungen, die in geradezu frevelhafter Weise die Allgemeinheit schädigen, nicht nur von der Bildfläche zu verschwinden haben, sondern daß ihnen an Hand der heftigsten Einrückungen, wie zum Beispiel Schutzhafflager, Gelegenheit gegeben wird, sich eingehend mit dem Problem „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ zu beschäftigen.

30. Juni.

Sonnenaufgang 3.40 Sonnenuntergang 20.27  
Mondaufgang 11.52 Monduntergang 23.18  
1503: Kurfürst Johann Friedrich der Großmütige von Sachsen in Zörgau geb. (gest. 1554). Gründer der Universität Jena (1548). — 1789: Der französische Maler Horace Vernet in Paris geb. (gest. 1863). — 1807: Der Dichter Friedrich Theodor Vischer in Ludwigsburg geb. (gest. 1887). 1853: Der Archäolog Adolf Furtwängler zu Freiburg i. Br. geb. (gest. 1907).

Namenstag: Prof. und kath. Paul Gedächtnis.

## Rundfunk

Freitag, 30. Juni  
Leipzig-Dresden

12.00 Leipziger Sinfoniekonzert; 14.10 „Klang im Aether“, Sprit an den Rundfunk; 14.30 Wir helfen uns vor, 15.00 Beschäftigungskunde für die Jugend: Die Wetterstation im Garten; 15.25 Volkswirtschaftliche Glaubezeit; 16.00 Das Rundfunkfest Leipzig; dazwischen 17.00 Deutschland in Ketten; 18.00 Wir richten uns eine „Wanderapotheke“ ein; 18.20 „Herr Walther und die Waldfrau“, Melodram von H. Ritter; 19.00 Stunde der Nation: „Heidelberger“; 20.00 Der Staat spricht; 20.05 Das Dresdener Solisten-Ensemble; 21.15 Nachrichten; 21.25 „Klein“, Beispiel von Hans Frank; 22.25 Nachrichtenabend; Wiltürmarische.

Berlin-Stettin-Magdeburg

9.00: Volksliederstunde für die Schule. — 15.20: Spazieren in Berlin. — 15.35: Klaphorn und Fithel. — 16.00: Ein Streit vor 3000 Jahren. — 16.15: Die ausländische Turn- und Sportbewegung in großdeutscher Betrachtung. — 16.30: Unterhaltungsmusik. — 17.00: Gitarrenmusik. — 17.15: Fiktion und Comödie. — 17.30: Koffeekaffee. Bei gepackten Koffern. — 18.05: Tundra und Tundra. — 18.15: Zeitfunk. — 18.40: Die Kunst-Stunde teilt mit. — 18.45: Stimme zum Tag. — 19.00: Stunde der Nation. Deutsche Meiterei. — 20.05: Lösung. — 20.10: „Die Jamburkiste“, Oper von Wolfgang A. Mozart. — Gegen 21.25: Zeitfunk. — Danach bis 24.00: Unterhaltungsmusik.

Königswusterhausen

9.00: Berliner Programm. — 9.35: Fröhlicher Kindergarten. — 10.10: Sage, Märchen und Volkslied bei den Siebenbürger Sachsen. — 15.00: Jungmädchenstunde. Ferien! — 15.45: Walter Bauer: „Das feurige Herz der Erde“. — 16.00: Konzert. — 17.00: Neue nationalpädagogische Zeitschriften. — 17.25: Zeitfunk. — 17.35: Lebende Tonleiter. — 18.05: Lebende Tonleiter. — 18.30: Wirtschafts-anarchie oder Wirtschaftsführung? — 20.00: Kernspruch. — Anschließend: Neue deutsche Unterhaltungsmusik. — 21.00: Tanzmusik in neuer Form. — 22.35: Ueber die neueste Oper von Richard Strauß: „Arabella“. — 23.00: Aus Frankfurt: Nachtkonzert.



32. Fortsetzung  
Nach einer Weile kam Gebhardt mit Ruppert zurück. „Ihr habt keinen schlechten Baumeister gehabt, Herr! — Aber — verzeiht, daß ich lache — um in einer Stube und Kammer zu wohnen, hättet Ihr nicht ein Schloß aufzuführen brauchen!“

„Darum soll sich niemand kümmern“, sagte der Burgherr abweisend.

„Gewiß, edler Herr! — Doch vergönnt mir ein freies Wort.“

Henning lehnte sich in seinen Stuhl zurück und kniff die Augen zusammen. In seinem Gesicht lag eine finstere Abweisung. Doch unbehindert darum redete der Müller:

„Ihr solltet Euch eine Frau suchen, die Euch einen tüchtigen Wagen Geldes mit ins Haus bringt. Dann brauchen Eure Stuben nicht leer zu stehen. — Tut Euch im Lande einmal um. Ihr seid ein stattlicher Mann; würde Euch keiner nach Hause schicken.“

Henning wußte nicht, ob er sich ärgern oder laut auf-lachen sollte.

„Euch hat wohl eine als Kuppler bestellt?“ fragte er voll Hohn.

„Ihr habt meine Rede übel aufgenommen, Herr! Es sollte ein Rat sein. Aber Ihr habt recht, wenn Ihr mir zürnt. Jeder lebt, wie es ihm gefällt; Ihr auf Eurem Erbgut, ich in meiner Mühle.“

„So soll's sein, Müller!“

Gebhardt schien noch etwas auf dem Herzen zu haben. Er hustete in einer gewissen Verlegenheit. Aber er fand nur Worte zu einem Segenswunsch für das kommende Jahr, und ging.

Henning Rotacker wurde nicht recht klug aus ihm. Er freute sich über das unerbittliche Geld. Nun konnte er sich ein junges Pferd kaufen, denn der Rappe war alt und fleißig geworden, taugte wohl noch im Geschirr, aber nicht mehr als Reittier. Er schloß das Geld in den Spind und setzte sich wieder über seine Bücher. Den Müller Gebhardt hatte er bald vergessen. —

Der Frühling kam mit Primeln und Anemonen und jaghaftem Fintenschlag. Da kam der Müller zum zweiten Male auf die Burg.

Das Mißtrauen lauerte in Rotackers Augen, als er ihn bei sich eintreten sah.

„Verzeiht meine Störung, edler Herr! — Es geht den Menschen so, wenn sie mit Riesenschritten auf ihr Grab zuschreiten, dann packt sie die Sorge um ihre irdische Habe.“

„Seid Ihr krank, Müller?“ fragte Rotacker.

„Ich bin gesund und hoffe, daß ich's noch ein paar Jahrelein mache. Aber als ich im vergangenen Herbst das böse Fieber hatte, sah ich doch ein, daß es mit uns Menschen einmal schnell zu Ende gehen kann.“

„Was habt Ihr für eine Sorge?“

Der Müller räusperte sich.

„Ich habe, wie Ihr wißt, keinen männlichen Erben, und die Erbpacht, in die ich als Angeheirateter von Eurem Better eingekauft worden bin, fällt nach meinem Tode an Euch zurück.“

„Seid ohne Sorge, Müller! Ich will den Mann Eurer Tochter in die Erbpacht einsehen.“

„Und wenn meine Tochter nie heiraten würde?“

„Warum glaubt Ihr das?“ fragte Henning.

„Seht, Herr, meine Linda ist eine treffliche Hausfrau; sie wußte schon, ein Anwesen instand zu halten. Aber von den Männern mag sie nichts wissen. Ihr wißt, ich bin reich genug, um dem Mädchen einen Freitrag zu kaufen; aber sie hängt an der Scholle, ihre Ahnen haben hier gelebt, gerad' wie die Euren. Und noch eins, Herr! Durch das Erbgut des Heinrich Rotacker bin ich reich geworden, und nun möchte ich das Gut wahren.“

Henning Rotacker hob den Kopf.

„Welches Erbgut? — Die Erbpacht meint Ihr!“

Der Müller machte einen Schritt auf Henning zu.

„Es ist schon ein Erbteil von Herrn Heinrich Rotacker, es mögt Ihr glauben, Herr!“

„Und Ihr habt's mir vorenthalten, Müller! Ich bin der Erbe von Rotacker!“ fuhr Herr Henning auf.

Gebhardt lächelte schlaun. „Ihr könnt mir's nicht streitig machen, Herr! Mein Gerechtfam ist verbrieft!“

Henning stützte den Kopf in die Hand.

„Ihr redet in Rätseln, Gebhardt. Was kümmert mich ein Gut, von dem ich nichts weiß. Mag Eure Tochter also nach Eurem Tode, mit oder ohne Mann, die Mühle in Pacht behalten, wenn sie nur den Zins zahlt!“

Da dankte der Müller und verabschiedete sich. Doch in Henning Rotacker fraß das Mißtrauen. —

Der Burgherr nahm die Schlüssel vom Brett und öffnete die leeren Stuben seines Hauses. Es war eine dumpfe Luft in den verschlossenen Räumen. Von den weiß getünchten Wänden hingen die Spinnweben, und auf dem Boden lag der Staub.

Henning seufzte. Es fehlte viel an der Wohlhabenheit der früheren Burg. Er war in all den Jahren nicht recht vorwärts gekommen, trotz äußerster Sparsamkeit. Und es würde nicht anders werden.

Der Müller sagte, er solle sich eine reiche Frau suchen!

Henning lachte bitter auf und schüttelte den Kopf. Er dachte an das seltsame Geschwätz des Müllers von dem Erbgut, von dem niemand etwas wußte. Zweihundert Gulden hatte ihm der Better hinterlassen. Es mochte sich in dem alten Gut durch Zins und Pacht Reichtum angehäuft haben. Wo war er geblieben? Einen Teil hatte der schlaue Advokat erhalten. Henning hatte damals nicht viel danach gefragt. Von dem anderen wußte der Müller. Das stand bei Henning fest. Vielleicht, daß der Better in den schweren Kriegsjahren einen großen Teil seines Geldes vergraben hatte unter Mitwissen Gebhardts, der sich den Schatz nach Heinrichs Tode zunutze gemacht hatte.

Aber dann schalt sich Henning seiner Gedanken. Er hatte den Müller stets als ehrenwerten Mann kennen-geleert. Trotzdem konnte er das Mißtrauen gegen ihn nicht loswerden.

Süßiger als früher ritt er nach dem Rabenwald hinüber und nahm den Weg nach den Feldern und Wiesen, die an die der Mühle grenzten, als fürchtete er, Gebhardt könnte die Grenzsteine verrücken oder ihn sonstwie über-vorteilen.

Henning trabte durch den Rabenwald. Der junge Mat-morgen atmete eine köstliche Frische. Ein paar Rehe, die auf dem Waldwege äßen, sprangen, erschreckt durch den Reiter, in das schützende Unterholz.

Das Pferd ließ Henning nicht ins Träumen verfallen. Er hatte es vor ein paar Wochen gekauft und hatte seine Freude an dem jugendlichen Ungestüm, das sich gegen die Faust des Reiters aufbäumte. Aber nach stundenlangem Ritt mußte das Tier in dem Menschen den Stärkeren erkennen. In tänzelndem Schritt gehorchte es willig dem Reiter.

Henning ritt durch den Schwarzbachgrund zurück. Die Sonne lag stimmend über den Wiesen und Feldern, als Henning aus dem Grund herauskam. Vor sich sah er die Mühle liegen. Seine Gedanken nahmen wieder den Weg zum Müller. In dem einfachen Reiter klang es wie ein Mißton durch den jungen Sommertag. Ihm schien es, als wären die Felder, durch die er ritt, die besten des Gutes, und sie gehörten zur Mühle. Der Müller saß im Ueberflut, während er, der Gutsherr, darble. Henning suchte seine Bitternis gegen den Mann abzuschütteln.

Langsam ritt er über die Brücke und kam auf den Weg nach dem Dorfe. Vor ihm schritt gemächlich ein Mann, sonntäglich gekleidet. Es war der Müller. Er wandte sich um; als er den Hufschlag hinter sich hörte. Lässig griff er nach dem Hut.

Henning achtete nicht auf den Gruß. Er sprang neben Gebhardt aus dem Sattel.

„Ich muß mit Euch reden, Müller!“ sagte er kurz.

„Was wünscht Ihr, Herr?“

Fortsetzung folgt.

ich  
M  
S  
G  
N  
wi  
ge  
str  
Bl  
ge  
tag  
Ein  
Hä  
Den  
Sch  
eine  
And  
wur  
den  
wer  
griff  
spig  
rück  
deren  
stern  
in fe  
sahre  
der  
und  
Mag  
verle  
Leleg  
verfa  
folgt  
Sachs  
In ein  
er al  
faktu  
um de  
sarsich  
für  
licher  
fen n  
wurde  
berart  
einem  
Fähre  
ter all  
bleiben  
WM  
bitte  
nachdr  
oder p  
bezw.  
sprech  
Hiller!  
mit: L  
ereigne  
essen, f  
rückzug  
und Z  
von J  
damit  
Nel  
Oberdor  
Straße  
worden.  
Dippold  
1933 er  
sie die  
der von  
— gege  
Das  
Feuerw